

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld vierteljährlich
80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband 90 Pfg.
Richtverbandmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zeiger Strasse 52, IV., Volkshaus
Telephonruf 7505.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privat 30 Pfg. für die gespaltene
Petitzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einleitung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 37.

Sonnabend, den 12. September 1908.

12. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Die Entwicklung der Steinindustrie. I. — Was die Sozialdemokratie vermag. — Bericht des Internationalen Steinarbeitersekretariats. I. — Es lebe die Gerechtigkeit. — Verbandstag des Zentralverbandes der Maurer. — Bekanntmachung des Zentralverbandes. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Literarisches. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressenänderungen. — Neue Jahrsstellen. — Quittungen. — Briefkasten. — Anzeigen.

Beilage: Müssen Unfallverletzte sich einer Operation unterwerfen? — Die deutschen Gewerkschaftsorganisationen im Jahre 1907. I. — Antike Städte. — Teufel Alkohol siegt. (Feuilleton.) — Die Amerikaner als Unternehmer. — Was die Unternehmer über die Gewerkschaften denken. — Literarisches.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Gesperert sind: Dielefeld: Firma Kronenberger. — Mühlhausen (Sach): Platz Herzi. — Kreuznach (Bad): J. R. Köbig.

Wetten u. Hainberg. Bei der Bayerischen Granit-Alten-Gesellschaft dauert der Streit weiter.

Oberwald. Der Streit ist beendet, mit welchem Resultat, ist der Redaktion nicht bekannt.

Mainz. Der Streit der Marmorarbeiter dauert unverändert weiter. Zugang ist strengstens fernzuhalten.

Marktfließen. Die Firma Gebrüder Bates hat unsere Kollegen ausgesperrt, weil sie sich weigerten, aus dem Verbandsauszutreten.

Offenbach. Am 3. Juli stellten die Kollegen die Arbeit ein. Der vorgelegte Tarif wurde nicht anerkannt.

Bad Nidling. Das hiesige Marmorwerk versucht mit allem Nachdruck alle Verbandsfunktionäre der Reihenfolge nach aus dem Betrieb zu entfernen; Maßregeln um Maßregeln folgen. Auch die übrigen Bestimmungen werden zu durchbrechen versucht, weshalb die Sperre über dies Marmorwerk bis auf weiteres verhängt bleibt. Die Steinarbeiter des Auslandes sind auf diese Notiz besonders hingewiesen.

Weschn. Die Porphyrwerke wollten Verschlechterungen vornehmen. Alle Streikenden sind abgereist.

Wanzenburg. Die organisierten Steinmehnen wurden alle entlassen. Es werden hier nur Spizmaurer beschäftigt.

Witten (Westfalen). Die Kollegen haben fortwährend mit Lohn-differenzen zu kämpfen. Zugang mag ferngehalten werden.

Wickers. Die Firma Kollmeyer in Goldbach hat den Tarif nicht anerkannt. Arbeitsangebote sind unter allen Umständen abzulehnen.

Saugenfalza. Der Streit wurde am 3. September beendet. Ueber die fristigen Punkte wurde eine Einigung erzielt.

Sauban (Schlesien). Herr Donath hat unseren Kollegen gekündigt; wahrscheinlich ist ihre Verbandszugehörigkeit Grund zu dieser Maßnahme.

Sagen (Westfalen). Die Steinmehnen der Firma Emil Küpper sollten für die Rainzer Marmorbubenbesitzer Streikarbeit anfertigen. Unsere Kollegen, die diese Zumutung zurückwiesen, wurden entlassen. Der Platz Küpper ist gesperrt.

Oesterreich. Differenzen bestehen in Bodenbach, Kamnitz, Heinrichsgrün, Görtau, Schwarzbrenn, Neuhaus, Wien und Deutsch-Altenburg.

Schweiz. Gesperrt sind für Sandsteinhauer die Orte: Angeri, Wenzlingen, Mägenwil, Dismarlingen, für Kunststeinarbeiter: Chaug-de-Fonds, Rorschach sowie für Marmorarbeiter: Goldbach.

Ungarn. Sopron, Fiume und Eszék sind gesperrt.

Die Entwicklung der Steinindustrie.

I.
Die deutsche Steinindustrie hat in den letzten Jahrzehnten stark an Bedeutung gewonnen. Der eigentliche Aufschwung datiert etwa vom Jahre 1860 ab, wo das Eisenbahnenwesen eine größere Ausdehnung annahm. Die Eisenbahnen ermöglichten es, daß Werksteine nach Gegenden und Städten, wo kein Steinmaterial gewonnen werden konnte, mit Leichtigkeit transportiert wurden. Auch war um diese Zeit eine gewisse Wohlhabenheit der städtischen Bürger im Aufstiege begriffen und damit wuchs auch der Geschmack und das Bedürfnis für schönere, mit Steinfassaden versehene Wohnhäuser. Bei den Bahnbauten selbst wurden sehr viele Steinmeharbeiten gebraucht; es sei bloß an die Bahnhofs-, Tunnel- und Brückenbauten erinnert. In der damaligen Zeit hatte der Zement noch eine ganz untergeordnete Bedeutung im Baueisen. Der Betonbau war noch ganz unbekannt; alles wurde massiv ausgeführt. Für den Steinmehnen gab es Arbeit in Hülle und Fülle. Die Hauptsache war dabei ferner, daß in Deutschland an Natursteinen nicht der geringste Mangel ist. Mit Vorliebe wurde das weichere Material, der Sandstein, verarbeitet. Die Begründung liegt darin, daß zur Gewinnung des Granits die wenig verbreitete Pulverbrennung notwendig war. Auch die Werkzeugfrage (der Stahl hatte früher nicht die heutige Güte) spielte eine große Rolle. Größere Monumente aus hartem Gestein wurden nur sehr selten aufgeführt; sie waren noch zu kostspielig. Destomehr florierete die Sandsteinindustrie. In den siebziger und achtziger Jahren des vori-

gen Säkulums wurden in den größeren und kleineren Städten oftmals Prachtbauten mit luxuriösen Fassaden aufgeführt. Auch zum Innenbau wurde Naturstein verwendet. Da es in den Bruchgebieten an gut geübten Steinmehnen fehlte, so wurden die Rohsteine direkt an die Baustelle transportiert und dort wurde von den aus allen Windrosen zusammengeströmten Steinmehnen die weitere Verarbeitung vorgenommen. Ging die Arbeit zur Reize, so zogen unsere Kollegen wieder von dannen; eine Sehnsucht, wie bei den Maurern, Zimmerern kannten die Steinmehnen nicht. Die Meister, die die Arbeiten zu den großen Bauten lieferten, erkannten sehr bald, daß sie allzu stark im Abhängigkeitsverhältnis zum Rohsteinlieferanten standen. Dieses Loch mußte abgestüttelt werden, und das war nur möglich mit dem Erwerb eigener Brüche. Den Profit, den der Bruchbesitzer einbrachte, konnte der Steinmehnenmeister, der nun auch Bruchbesitzer wurde, von nun ab sein eigen nennen. Der städtische Steinmehnenmeister dirigierte nun seinen Arbeiterkamm nach dem Bruchgebiet; er hatte an Ort und Stelle sofort die qualifiziertesten Steinmehnen. Der Bruchbesitzer, der nur Rohsteine lieferte, war mit einem Schlag ins Hintertreffen gekommen. Es entstanden nun in den einzelnen Steinbruchgebieten die großen Werke (Namen wollen wir nicht nennen), die meist in den Großstädten ihre Hauptverwaltung haben. Wir haben uns über diesen Punkt kurz vor dem Verbandstag an dieser Stelle eingehend ausgelassen.

In welcher Richtung die Steinindustrie ausdehnte, ergeben die gezahlten Lohnsummen, die wir den Jahresberichten der Steinbruchberufsgenossenschaft entnehmen. Laut dieser Nachweise wurden nachstehende Gesamtlöhne gezahlt:

| Jahr | M. | Auf 1000 M. entfallen Beiträge für die Berufs-genossenschaft |
|------|-------------|--|
| 1896 | 92 601 233 | 20.45 |
| 1897 | 101 301 814 | 16.96 |
| 1898 | 116 008 711 | 16.48 |
| 1899 | 130 279 426 | 16.09 |
| 1900 | 138 028 548 | 17.24 |
| 1901 | 180 590 934 | 28.81 |
| 1902 | 130 176 968 | 27.12 |
| 1903 | 135 381 489 | 28.46 |
| 1904 | 144 204 587 | 28.10 |
| 1905 | 161 679 568 | 28.56 |
| 1906 | 167 073 919 | 27.04 |
| 1907 | 184 584 231 | 25.99 |

Innerhalb von zehn Jahren hat sich, rechnerisch betrachtet, die gezahlte Lohnsumme etwa verdoppelt. Es mag sein, daß auch einige Betriebe aus der Baugewerksberufsgenossenschaft zu der, welche für die Steinindustrie in Frage kommt, überwiesen wurden. Folgende Tabelle zeigt, wie stark die Zahl der Arbeiter in der Steinindustrie stieg. In der Steinbruchberufsgenossenschaft waren Arbeiter verzeichnet:

| | |
|------|---------|
| 1886 | 165 000 |
| 1891 | 253 500 |
| 1898 | 369 557 |
| 1905 | 427 122 |
| 1906 | 459 929 |

In 20 Jahren also ein Plus von 294 929 Arbeitern. Draufsteiger als durch diese Ziffern kann die Bedeutung der Steinindustrie nicht geschildert werden. Bei vielen Lohnbewegungen haben uns die Unternehmer glauben zu machen versucht, die Steinmehnenmeister seien in einer prekären Lage; aber selbst der Dummste muß begreifen, daß diese Behauptung mit dem allgemeinen Aufschwung in der Steinindustrie nicht in Einklang gebracht werden kann.

In eminentester Weise ist an diesem Aufschwung die Basaltsteinindustrie beteiligt. Diese Werte haben sich die Technik besonders zunutze gemacht. Ein Basaltwerk ohne Klarschlagmaschinen ist heute undenkbar. Zu den Bahn- und Straßenbauten werden jährlich bedeutende Aufträge an Granit- und Basaltkleinschlag ausgeschrieben. Man denke weiter nur daran, wieviel Hunderttausende von Kubikmetern an Kolliermaterial alljährlich gebraucht werden. Ungezählte Betriebe sind entstanden und noch können kaum die ausgeschriebenen Aufträge übernommen werden. Die Produktion des Klarschlages und der übrigen Kolliermaterialien dürfen als besonders gewinnbringend betrachtet werden. Meistens sind es Großbetriebe, die sich hier breit machen. Die Kalkulation ist ohne jegliche Schwierigkeit. Die Hauptsache ist allerdings, daß die Brüche überhaupt genügend Rohsteine in sich bergen. Ob die gewonnenen Blöcke groß oder klein sind, ist für die Produktion gleichgültig. Die kleinen Gesteine werden ohne weiteres der Maschine überliefert; Blöcke von größeren Dimensionen müssen allerdings noch zerhackt werden. Die Arbeiter, meist kurz angelernt, sind größtenteils im Afford beschäftigt. Die Löhne in diesen Steinbrüchen sind recht niedrige. In den Basaltbrüchen können wir aber trotzdem noch Tausende von Steinarbeitern für den Verband gewinnen. Die Agitation dürfte deshalb nicht allzu schwer sein, weil es sich um Großbetriebe handelt.

Fragen wir zunächst: Wo kommen in Deutschland die wichtigsten Steinmaterialien vor?

Weiß- und gelbe Sandsteine werden gefunden in Warthau, Plagwitz, Löwenberg, Gudoma (hart), Wünschelburg, Heuscheuergebirge in Oberschlesien, Resselberg, Belpke (hart), Cotta (weich), Welschhufe, Birna, Oberkrühen und Seerbergen bei Gotha.

Rote und rötliche Sandsteine in: Wiltenberg und vielen Orten des Maintals, Auweiler, Arenshausen, Alvensleben, Nebra, Berka, Schlegel. Auch im Wesergebiet wird dementsprechendes Material gefunden. Zu bemerken ist, daß seit Jahren der rote Sandstein immer mehr verdrängt wird, die Farbe ist den Architekten zu monoton.

Grau-grünlicher Sandstein in: Schweinfurt, Reil, Alsenz und Lauterbach.

Kalkstein und Muschelkalk in: Kehlheim, Thierstein, Randeröder, Grünsfeld, Kirchheim, Martzbreit, Wolfenbüttel, Mühlhausen (Thür.), Cravinkel und Bernburg (Anhalt). Das Muschelkalkmaterial ist gegenwärtig sehr gesucht. Der Stein ist zwar grobkörnig, aber sehr witterungsbeständig. Im Preise wird er sich dem Granit gleichstellen. Es ist bekannt, daß im

Unterfränkischen Berliner Firmen die größten und ergiebigsten Brüche dieser Art besitzen.

Marmor wird gewonnen in: Gnadenfrei, Oberbeilau, Groß-Kunzendorf, Billmar, Diez, Balduinstein, Saalburg, Treuchtlingen, Wunsiedel, Necklinghausen und Ruhpolding. Meistens werden in Deutschland ausländische Marmorarten verarbeitet. Besonders bevorzugt sind die italienischen, belgischen und griechischen. Die deutschen Marmorsteinbrüche werden ziemlich primitiv betrieben; deshalb das teure Rohmaterial. Den Interessenten gegenüber wird zu wenig Reklame getrieben. Viele Architekten und Baukünstler haben von dem Vorhandensein deutschen Marmors nicht genügende Kenntnis.

Granit wird gefunden im: Fichtelgebirge, Harz, Bahr, Wald, Oden- und Schwarzwald, Erzgebirge, in der Lausitz, in Striegau, Oberstreu, Strehlen, Ströbel, Reiffe, Weucha, Wurzen, Zimmeritz und Meissen. Die Granitbrüche sind meist sehr ausdehnungsfähig; an Absatzgebieten mangelt es nicht. Allerdings fehlt es an einem — erstklassigen Pflastersteinmaterial, deshalb die Einfuhr aus Schweden. Die Maschinenteknik hat sich in der Granitindustrie am meisten entwickelt. Im allgemeinen darf das deutsche Granitmaterial als „vorzüglich“ bezeichnet werden. Wie leistungsfähig manche Granitwerke sind, geht daraus hervor, daß 13 000 Kubikmeter Werksteine zum Bau des Leipziger Völkerschlachtdenkmal aus den Brüchen in Weucha allein gewonnen werden.

Syenit wird gewonnen im: Fichtelgebirge, Obertwald, Erzgebirge und im Spessart. Vor 20 Jahren war dieses Material gefuchter. Werke, in denen früher nur Syenit zur Verarbeitung kam, mußten in den letzten Jahren auch schwedisches Material verarbeiten. Dem deutschen Syenit fehlt, von einigen Ausnahmen abgesehen, das „tiefschwarze“. Auch können Blöcke von größeren Dimensionen nur sehr schwer gewonnen werden.

Porphyrfundstätten sind im Obertwald, Thüringer Wald, Silberdorf und am Kochlitzer Berge. Im Gegensatz zum roten Sandstein findet Porphyr immer noch eine starke Verwendung. Der Porphyr ist ziemlich grobkörnig und seine hellen und dunklen Flächen erzeugen ein schönes harmonisches Gepräge. Sehr berühmt sind die Kochlitzer Brüche.

Serpentin wird gewonnen in: Jordansmühl, Schrödsdorf, Ansprung, Kuchsnappel, Reinsdorf, Waldheim und Jöblich. Serpentin wird mehr zur Innendekoration verwendet, auch werden Rippfächer daraus hergestellt.

Basaltit und Basaltit wird gefunden in: Großschättengrün, Bramburg, Bell, Ettringen, Rieden, Magden und Niederzimmern. Der Luffstein wird seit uralter Zeit hervorragend zu Baugwecken verwendet. Die rheinischen Kloster- und Kirchenbauten geben davon einen glänzenden Beweis. Der Luffstein ist sehr leicht, der Kubikmeter wiegt etwa 25 Zentner. Das Material ist sehr weich, hat aber den Vorzug, recht witterungsbeständig zu sein.

Technik und Steinindustrie.

Bergegenwärtigen wir uns, wie die Technik innerhalb des Berufes vorwärts geschritten ist. Wir haben Bohrmaschinen mit Preßluft getrieben, Steinbrecher, sogenannte Knagger, Sortiertrommeln, Schrämmaschinen, Bremsberge, Drahtseilbahnen, Sägereien, Vollgatter bis zu 60 Blättern, Kreisfrägen, Diamantfrägen, Drehbänder, Schleifmaschinen, Schürfscheiben, Hobel- und Poliermaschinen, Wosser- und Stoßmaschinen, Krane mit Hand-, Dampf- und elektrischem Betrieb, Sandstrahlgebläse usw. Wenn unsere Vorfahren einen modernen eingerichteten Steinbruch nebst Werkstätte in Augenschein nehmen könnten, es würde ihnen alles unfaßbar erscheinen. Und noch werden täglich neue Erfindungen gemacht, um die maschinellen Einrichtungen für die Produktion in der Steinindustrie zu vervollständigen. Eine Industrie, in der die Technik eine so hervorragende Verwendung gefunden hat, muß sich sicherlich stark entwickelt haben. Als in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts der mechanische Webstuhl in Deutschland Eingang gefunden hatte, bedeutete die Neuerung zwar eine große Schwächung gegenüber den Hauswebern, aber die deutsche Textilindustrie hat sich, als sie die Kraft des Eisens immer mehr ausnützte, bedeutend gehoben. Die maschinelle Entwicklung in der Steinindustrie kommt, und das ist bemerkenswert, nur dem Großunternehmer zugute. Ein Kleinmeister, sagen wir besser Unteroffiziant, ist schon gar nicht in der Lage, seinen Betrieb maschinell nennenswert auszugestalten. Der großkapitalistisch betriebene Steinbruch wird natürlich mit allem technischen Komfort ausgerüstet. Schon daraus ist ersichtlich, daß Großindustrielle billiger und rationeller produzieren können. In den größeren Granitbetrieben werden zum Beispiel alle Abfälle der Maschine zur weiteren Verkleinerung übergeben; der Unteroffiziant mit seinem meist von Verkehrswegen abgeschnittenen Betrieb hat dafür keine geeignete Verwendung. Wir können ruhig sagen, in der Steinindustrie hat die Einführung der Maschine in wirtschaftlicher Beziehung wirklich revolutionierend gewirkt.

Was die Sozialdemokratie zu leisten vermag.

Mit Vorliebe betonen unsere Gegner, daß die Sozialdemokratie keine positive Arbeit leiste. Wie verleumberrisch solche Anwürfe sind, ist den Genossen im allgemeinen bekannt. Nun ist vor 4 Wochen der bayerische Landtag geschlossen worden, und da ist es interessant, vernennen zu können, an welchen Beschlüssen die 21 sozialdemokratischen Abgeordneten positiv mitgewirkt haben. Hier ist die Liste:

Soweit die Arbeiterfrage in Betracht kommt, hat die sozialdemokratische Vertretung die Richtlinie für die gesetzgeberische Fortentwicklung bezeichnet. Unmittelbar nach dem Zusammentritt der Abgeordnetenkammer haben unsere Parteigenossen beantragt, vermehrte Arbeitsgelegenheit für die Wintermonate vorzusehen und dementsprechende Auflagen den Gemeinden zu machen. Diese Anträge wurden angenommen. Für die in Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter wurde eine 15prozentige Lohnerhöhung gefordert und eine gleichmäßige Aufbesserung des „natürlichen Personals“. Zu diesen alle Arbeiter und Bediensteten berücksichtigenden Anträgen kommen umfassende, die

Lohn- und Arbeitsverhältnisse bis ins Detail regelnde Forderungen für Spezialberufe der Staatsbetriebe... Die Interessen der Arbeiter der Privatindustrie mußten vor allem in dem Punkte geltend gemacht werden, daß bei Vergütung von Staatsarbeiten nur Unternehmer berücksichtigt werden, die das Koalitionsrecht ihrer Arbeiter respektieren, tarifmäßige Vereinbarungen streng beobachten und, wo diese nicht bestehen, auskömmlich Löhne bezahlen und die berufssübliche Arbeitszeit nicht überschreiten. Das hat die Regierung für alle Ressorts zugesagt. Nachdrücklich wurde gegen die Konkurrenz, die der freien Arbeit aus der Gefangenarbeit erwächst, Vorstellung erhoben. Die mögliche Einschränkung dieser Schädigung der freien Arbeit wurde daraufhin zugesagt. Vermehrung der Gewerbeinspektoren, Heranziehung der Arbeiter zu dieser wichtigen Funktion, scharfer Handhabung des Frauen- und Kinderschutzes, Vermehrung der Gewerbegerichte, humaner Vollzug der Sozialgesetze, die Einschränkung der Gemeinde-Krankenversicherung und die Förderung der Ortskrankenanstalten waren weitere Forderungen unserer Vertreter. Die

Heranziehung von Arbeitern zur Gewerbeinspektion ist in Aussicht gestellt worden, ein Ministerialerlaß zur weiteren Errichtung von Gewerbegerichten wurde hinausgegeben.

Eine eingehende Würdigung fand die Frage des Bauarbeiter-schutzes.

Das Ministerium des Innern wird zur Förderung dieses Schutzes eine Konferenz einberufen, die sich aus Vertretern der Bauarbeiter, der bairischen Bauarbeiter-Schutzkommission, der Techniker und Bauunternehmer zusammensetzen wird. In der Novelle zum bairischen

Berggesetz wurden wichtige Bergarbeiterforderungen: Verbot des Wagennullens, Heranziehung der Arbeiter zur Grubenkontrolle und zur Kontrolle der Fördergefäße, Achtstundentag bei der Grubenarbeit durchgeführt. Ein Gesetzentwurf zur Ordnung der

Knappschaftskassen ist für die nächste Session angekündigt.

Die Herstellung einer ganz Bayern umfassenden

Arbeitslosenstatistik soll bald in Angriff genommen werden, Vertreter der Gewerkschaft und sonstiger Interessenten für Arbeitslosenfürsorge werden zu einer Besprechung im Ministerium des Innern zusammengetreten, um über eine zweifelhafte Gestaltung der

Arbeitslosenfürsorge zu beraten; außerdem sollen die größeren Gemeinden angezogen werden, die Arbeitslosenversicherung nach dem Center System einzuführen.

Beim Gehaltsregulativ setzten unsere Genossen eine

Erhöhung der Mindestbezüge von 1100 auf 1200 Mark durch, abgesehen von anderen Verbesserungen, durch Hinaufziehung verschiedener Kategorien in Klassen mit höheren Bezügen.

Beim Beamtengesetz gab Finanzminister v. Pfaff auf eine Beschwerde eines unserer Ausschußmitglieder, betreffend die Entlassung eines Bediensteten, weil er einem sozialdemokratischen Verein angehört, die Erklärung ab, daß die Regierung mit dieser Entlassung nicht einverstanden sei, zurzeit gäbe es in Bayern keinen Verein, dem ein Beamter oder Bediensteter nicht angehören könne. Das wurde vom sozialdemokratischen Redner zum Beamtengesetz im Plenum der Kammer ausdrücklich, ohne Widerspruch der Regierung, festgestellt. Der Abgeordnete Genosse Rothhaupter wird nach einem längeren Urlaub wieder als Arbeiter in die Zentralwerkstätte der Staatseisenbahn zurückkehren, von der er selbstverständlich während der Ausübung seines Abgeordnetenmandats seinen Lohn bezogen hat. Die angeführten Beschwerden über die Wohnungsnot in vielen Gemeinden führten zu einem Ministerialerlaß, in dem den Gemeinden die Auflage gemacht wird, energische Mittel zur

Beseitigung der Wohnungsnot zu ergreifen. Auf sozialdemokratischen Antrag wurden in das Staatsbudget 50 000 Mark zur Unterstützung jener Gemeinden eingesetzt, die besondere Aufwendungen für Säuglingsfürsorge machen.

Von sonstigen wichtigen Beschlüssen des Landtages heben wir nur noch hervor: die Projekte für den

Ausbau der staatlichen Wasserkraft, die eine günstige Entwicklung der bairischen Industrie erwarten lassen, wenn uns die Preußen nicht das Fett von der Suppe schöpfen. Gegen den beabsichtigten preußischen Marschzug gegen die Elektrizitätsindustrie Bayerns erhob übrigens auf Grund einer sozialdemokratischen Interpellation der bairische Landtag energisch Protest. Ein vielversprechender Anfang für die Elektrifizierung einzelner Strecken der Staatseisenbahnen ist gemacht worden. Das Personal der Bahnhöfen, die am 1. Januar 1909 in Staatseigentum übergehen werden, wird natürlich in Staatsdienst übernommen. Unsere Abgeordneten waren bemüht, möglichst günstige Arbeitsbedingungen für das Personal zu erreichen; dieses wird dem Personal im diesseitigen Bayern gleichgestellt.

Für die **Volksschullehrer** höhere Gehälter herauszuschlagen, ist bei dem energischen Widerstande des Zentrums leider nicht gelungen. Ebenso weigert sich die Regierung, die sonstigen veralteten Einrichtungen, wie den Kirchendienst, die Naturalleistungen und so weiter, aufzuheben und die geistliche Schulaufsicht zu befreien.

Die Einführung der Verhältniswahl in den Gemeinden mit über 4000 Einwohnern sei hier noch erwähnt, die ebenfalls auf die Initiative der sozialdemokratischen Abgeordneten zurückzuführen ist. In den unmittelbaren Städten des diesseitigen Bayern wird schon bei den Gemeindevahlen im Herbst dieses Wahlverfahren angewandt. Ein wichtiger Schritt zur Demokratisierung Bayerns ist geschehen.

Bericht des Internationalen Stein- arbeitersekretariates für das 1. und 2. Quartal 1908.

II.

Oesterreich. Nach der im Jahre 1900 vorgenommenen Volkszählung sind in Oesterreich 36 605 männliche und 2238 weibliche Arbeiter in der Steinindustrie beschäftigt. Davon sind 5468, das ist 17,67 Prozent männliche und 63 weibliche, ist gleich 2,90 Prozent organisiert. Von den insgesamt 6533 in Oesterreich organisierten Steinarbeitern gehören 5300 unserm Verbande an. Zum Jahreschluß 1907 hatten wir 74 Orte mit 4263 Mitgliedern. In dem halben Jahre 1908 haben wir um 12 Orte und 1037 Mitglieder zugenommen. Im ersten Halbjahr 1908 war eine ungewöhnlich starke Streikbewegung. Wir hatten in diesem Zeitraum 20 Streiks, woran sich insgesamt 1526 Kollegen beteiligten, die zusammen 133 Wochen im Streik standen. Die einzelnen Streiks variieren von einer bis 21 Wochen. Die Mittel, die für diese Streiks aufgewendet wurden, sind für unsere Verhältnisse außerordentlich hoch. In dem abgelaufenen Halbjahr wurden zusammen 35 870,41 Kronen ausgegeben. Die Monate Mai und Juni verurteilten die stärksten Ausgaben, es wurde in diesen beiden Monaten allein 30 538,82 Kronen an Streikunterstützung ausgegeben. Wenn wir den die Gesamtausgaben an Streikunterstützung vom Jahre 1907 im Betrage von 14 872,54 Kronen gegenüberstellen, so kann man

dadurch ermessen, wie sehr die Mittel des Streikfonds durch den Widerstand der Unternehmer dieses Jahr in Anspruch genommen wurden. Wir sehen trotzdem mit Befriedigung auf die halb-jährige Streikbewegung zurück, da wir von den 20 Streiks 18 mit Erfolg beendet haben und zwei, die noch unentschieden sind, Aussicht haben, mit dem Siege zu enden. Die Konjunktur ist im allgemeinen eine gute, obgleich an manchen Orten der Geschäftsgang schleppend ist und für die Zukunft ungewisse Tendenzen zeigt. Durch das Anwachsen der Mitglieder wurde es notwendig, einen Landessekretär in Oesterreich-Schlesien und einen Landessekretär in Niederösterreich anzustellen. Die Auflage des deutschen Steinarbeiter beträgt 4500 und bei dem tschechischen Steinarbeiter 900 Exemplare. Die Unternehmerorganisation wird von Jahr zu Jahr kräftiger, ihre Tätigkeit erstreckt sich auf das Scharfmachen ihrer Mitglieder, wodurch die Streiks in die Länge gezogen werden. Die österreichischen Arbeiterschutzgesetze lassen noch viel zu wünschen übrig. Die Minister behelfen sich mit Verordnungen, wo Gesetze am Platze wären. Am 29. Mai 1908 wurde eine Verordnung des Handelsministeriums im Einvernehmen mit dem Ministerium des Innern erlassen. Die Vorschriften gelten für sämtliche über Tag betriebenen Steinbrüche sowie Lehm-, Sand- und Schottergruben. Ein kleiner Schritt nach vorwärts wurde damit in puncto Arbeiterschutz gemacht. Die Verordnung ist noch zu jung, um die soziale Wirkung für den Schutz des Arbeiters zu erkennen. Gewiß ist, daß die Arbeiter der Verordnung den nötigen Nachdruck verleihen müssen, damit die Verordnung nicht auf dem Papier stehen bleibt.

Bulgarien. Der bisher bestehende Steinarbeiterverband in Sofia steht auf der Basis der Girsch-Dunderfischen Gewerkschaften, und gehören demselben auch Meister an. Er organisiert aber eigentlich nur auf dem Papier, und haben sich nun einige Kollegen die Mühe genommen, einen andern Verband, der sich auf sozialdemokratischem Boden bewegt, zu bilden. Demselben hat sich nun schon ein großer Teil der Steinarbeiter in Sofia angeschlossen, und ist endlich zu hoffen, daß auch in diesem Lande ein andres Leben eintrete.

Spanien. Die Zahl der beschäftigten Steinarbeiter im Lande beträgt 3700, wovon 2500 organisiert sind. Das Resultat der Propaganda während dieser Periode ist ein befriedigendes. Es fanden 5 Streiks statt, 2 für Lohnaufbesserung, 1 für Verkürzung der Arbeitszeit und 2 in Marmorateliers wegen Nichtbeachtung der Abmachung. Ferner 3 Bewegungen ohne Streiks, wovon bei 2 eine Lohnaufbesserung und bei 1 Beweigung eine Reduzierung der Arbeitszeit bewilligt wurde. Bei diesen 3 Bewegungen waren insgesamt 227 Mitglieder mit 285 Unterstützungstagen beteiligt; die dahergewonnenen Kosten beliefen sich auf 4380 Pesetas. Die Arbeitszeit wurde in sämtlichen Geschäften um eine Stunde verkürzt und in drei Geschäften überdies eine Aufbesserung von 25 Centesimos pro Tag bewilligt mit der Verpflichtung einer weiteren Aufbesserung innerhalb drei Monaten.

Im Geschäftsgange ist keine Aenderung eingetreten. Die Leitung des Verbandes ist ebenfalls unverändert geblieben.

Die Prinzipale sind hier nicht organisiert. Das Organ erscheint monatlich in 2500 Exemplaren und wird den Mitgliedern gratis zugestellt.

Es existiert hier kein Arbeiterschutzgesetz speziell für die Steinarbeiter; für die gesamte Arbeiterschaft fordert die sozialdemokratische Partei eine Altersklasse.

Die Sektionen des Verbandes haben sich beteiligt an Protestversammlungen gegen Gesetzentwürfe, die die Einschränkung der Rechte und Freiheiten der Arbeiterklasse bezwecken.

Schweiz. Durch die Krise ist die Zahl der beschäftigten Steinarbeiter stark zurückgegangen, speziell sind es die italienischen Arbeiter, welche die Schweiz dieses Jahr nicht so stark besuchten, wie dies früher der Fall war. Organisiert mögen noch etwa 1800 Steinarbeiter sein, doch macht sich in allen Organisationen eine Flaute bemerkbar, und bedarf es großer Mühe, alle Sektionen über Wasser zu halten. Die vorgekommenen Streiks und Lohnbewegungen beziehen sich alle auf Abwehr. Es waren 3 Streiks mit 106 Beteiligten; davon sind 2 resultatlos verlaufen. Bewegungen waren 21 mit 985 Beteiligten. Der Verlauf derselben ist folgender: 2 resultatlos, 2 noch unerledigt, 5 erzielten eine kleine Lohnerhöhung; alle übrigen waren wegen Nichtanerkennung der Verträge oder wegen Maßregelungen vorgekommen worden, und ist deren Resultat ziemlich befriedigend. Die Unternehmerorganisation benutzte selbstverständlich diese Situation, um die Bewegungen zu unterdrücken, oder auch die Organisationen der Arbeiter zu zersprengen, was ihnen allerdings bei der von der Zentralleitung angewendeten Agitation nicht gelang.

Es lebe die Gerechtigkeit!

Der Schuberband der Lithographieindustrie hat bekanntlich unter sich eine Abmachung getroffen, welche jedem Arbeiter, der das zweifelhafte Glück hat, bei einem solchen Steinbruch beschäftigt zu sein, den Wechsel seiner Stellung vollständig ausschließt, bis es dem Brotherrn genehm ist, seinen lebendigen Besitz in der Gestalt eines Menschen abzuwerfen. Es ist also jeder Arbeiter in fraglicher Industrie solange einem launenhaften Unternehmer ausgesetzt, bis er übrig ist. Wir haben ja bereits in Nr. 30 des Steinarbeiters auf diese demoralisierenden Zustände aufmerksam gemacht und dabei verlangt, daß hier der Staatsanwalt eingreift, um dieser groben Gesetzesverletzung, welche durch Einschränkung der Freizügigkeit geschieht, ein Ende zu bereiten. Erinnerung wir uns doch der bekannten Breslauer Kaiserrede, nach welcher jeder, der einen Arbeitswilligen von der Arbeit abhält, für das Zuchthaus reif ist. Allerdings glaubten wir noch nicht recht daran, daß demnächst alle Lithographie-Industriellen ihre scharfmacherischen Studien hinter schweidischen Gardinen betreiben werden. Fühlen wir ja doch so sehr, daß wir in einem Klassenstaat uns befinden. Würden z. B. die Lithographiearbeiter diese Brutalität mit einem Ausstände abwählen und dabei „Arbeitswilligen“ auf ihr unehrliches Treiben aufmerksam machen — o das ist etwas anderes! Da würden ja die Unternehmer Schaden haben und für diese existiert ja der bekannte „Schutz der Arbeitswilligen“, nicht für besorgte Familienväter.

Ein Kollege hatte nun vor nahezu 3 Monaten Gelegenheit, sein Arbeitsverhältnis zu lösen. Da er trotz aller Bemühungen als Familienvater keine Arbeit erhalten konnte, stellten wir bei der Staatsanwaltschaft den Antrag, gegen den Unternehmer einzuschreiten ob der Einschränkung der gesetzlich gesicherten Freizügigkeit. Trotzdem Beweise über Beweise vorlagen, daß geschilderte Einrichtung besteht, wodurch freiwillig das Arbeitsverhältnis lösende ein halbes Jahr brotlos gemacht werden, antwortete der Staatsanwalt, daß eine strafbare Handlung nicht gegeben ist! Wir wundern uns über diese Antwort nicht, aber wenn wir uns an das schöne Wort des 1. Staatsanwalts Ziegler in Nürnberg erinnern, welches dieser im entgegengesetzten Falle — bei Abwägung der Streikführer und Verteidiger des ermordeten Fleischmann in der Regensburger Straße zu Nürnberg im Jahre 1906 — im Schwurgerichtssaale in Nürnberg brauchte und also lautet: „Wer im Volke den Glauben an die Gerechtigkeit untergräbt, untergräbt das fundamentum regnum“, wissen wir nicht, sollen wir lachen oder weinen. Es geht eben nichts über die deutsche — Klassenjustiz!

Der Kollege hat in seiner verzweifelten Lage auch seinem früheren — Weitzer gedroht. Ein Arbeiter beilliebt sich, dem Bedrohnen vor Eintretung der schrecklichen Katastrophe Mitteilung zu machen, denn was ist nicht alles einem „Noten“ zuzutrauen. Denke man nur an Rußland! Der Bedrohnte und sein sich in gleicher Lebensgefahr befindender Geschäftsteilhaber, Friedrich

Düßler und Aug. Krauner sind die erlauchten Namen, tiefen zum Staatsanwalt um Schutz. Am 27. August hatte sich nun der Verbrecher vor dem Schöffengericht zu verantworten und jedemmann war der Ansicht, daß hier die Gerechtigkeit einen Ausweg schafft dahin, daß der Arbeitslose das halbe Jahr Hungerkur, welche der Staatsanwalt als zu Recht anerkannt, umgemodelt erhält und dafür ein halbes Jahr hinter Schloß und Riegel vom Vater Staat ernährt wird. Aber Welch ein klägliches Fiasko erlitten hier die Kläger! Der Amtsanwalt fand die Lage des Angeklagten, welcher im Anfange der Maßregelungsfrist als Cinnahme nur die ihm vom Zentralverband bewilligte Unterstützung hatte, als sehr trostlos. Ihm schien die Drohung wohl nicht berechtigt, aber begreiflich und stellte Antrag auf Freisprechung!

Wenn sehen die Lithographiesteinarbeiter endlich ein, daß nur eine starke, aktionsfähige Organisation imstande ist, ihre mit Füßen getretenen Rechte zu verteidigen und zu wahren? —

Verbandstag des Zentralverbandes der Maurer in Hannover.

Am Montag, den 31. August, trat der 10. Verbandstag der Maurer in Hannover zusammen. Anwesend waren 254 Delegierte, 22 Gauleiter sowie mehrere Vertreter aus dem Ausland.

Gegen den Vorstandsbericht werden nur unbedeutende Einwendungen erhoben.

Angenommen werden die Anträge des Vorstands betr. Uebernahme der Kosten für den Besuch der Unterrichtskurse durch die Verbandskasse und die Entsendung geeigneter Mitglieder des Verbands zur Parteischnle. Ein Antrag Kribbees, bei der Beschickung der Unterrichtskurse auch die kleinen Vereine zu berücksichtigen, wird, weil schon auf vorigem Verbandstage beschlossen, als erledigt erklärt. In bezug auf Agitation wird dann ein Antrag des Vorstands und der Gauborstände angenommen, der für den Monat Oktober in allen Zweigvereinen Versammlungen bestimmt mit der Tagesordnung: Wirtschaftliche Krisen, ihre Ursachen und Wirkungen. Diese Agitation soll durch ein vom Vorstande herausgegebenes Flugblatt unterstützt werden. Außerdem soll in den ersten Monaten des nächsten Jahres im ganzen Verbandsgebiet eine planmäßige Hausagitation unternommen werden. Dieser soll sich dann in den Frühjahrsmonaten wieder eine allgemeine Versammlungsagitation, unterstützt durch Flugblattverteilung, anschließen. Endlich soll nach dem Antrage im Sommer nächsten Jahres vom Verbandsvorstande eine Broschüre herausgegeben werden über die Ursachen und Wirkungen der Wirtschaftskrisen. Die Broschüre soll 5 Pf. kosten und jedes Mitglied durch die Zweigvereine verpflichtet werden, diese Broschüre zu erwerben.

Eine Reihe verschiedener anderer Anträge betr. Agitation, die allerlei Spezialwünsche aus den einzelnen Vereinen enthalten und sich im wesentlichen mit dem Inhalt des vorstehenden Antrags decken, wird entweder abgelehnt oder als erledigt erklärt.

Es folgt sodann der Bericht über den diesjährigen Gewerkschaftskongreß, erstattet von Muth-Röhl. Seine Ausführungen über Maifeier und Jugendorganisation decken sich mit den Kongreßbeschlüssen.

Den Bericht vom Internationalen Kongreß in Stuttgart gibt Sieber Schmidt-Berlin. Redner bezeichnet diesen Kongreß als einen der vollkommensten, der je gefagt hat. Interessant sind seine Ausführungen zur Förderung des Frauenstimmrechts: „Das Frauenstimmrecht ist nicht lediglich ein Naturrecht, sondern ein soziales Recht, das geschaffen ist durch die gewaltige Ummodelung der sozialen Stellung der Frau. Das Weib ist heute Lohnarbeiterin wie der Mann und aus diesem Grunde muß der Staat ihr die gleichen Waffen zur Verfügung stellen, die der Mann besitzt, um sich sein Recht im Staat zu sichern.“ Am in dieser Form Richtlinien für die Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts für alle Völker zu schaffen, war die Erörterung auf dem Internationalen Kongreß bringend notwendig. Redner wünscht, daß die Verbandsfunktionäre in dieser Form gegebenenfalls für das Frauenwahlrecht agitieren. Bei Klarlegung des Punktes Ein- und Auswanderung übt Redner eine herbe Kritik an den Maßnahmen der preussischen Regierung, die stets bestrebt ist, den Landagrariern und andern Arbeitgebern billige und willige Arbeitskräfte zu besorgen, wodurch die eignen Landeskinder brotlos gemacht und dem Elend überantwortet werden. Den sozialistischen Abgeordneten des preussischen Parlaments dürfte hier Gelegenheit geboten sein, einmal einzugreifen, um der Regierung das Beweisen zu schärfen. (Lebhafte Zustimmung.)

Den Bericht vom Internationalen Maurerkongreß gibt Süttmann-Frankfurt a. M.: Die Verdickung auf internationalen Gebiet war von jeher das Bestreben der deutschen Organisation. Bereits im Jahre 1903 tagte die erste Konferenz, auf der rund 100 000 organisierte Bauarbeiter vertreten waren. Auf der zweiten Konferenz 1907 waren bereits 420 000 vertreten, ein Beweis, daß der Gedanke der modernen Arbeiterbewegung immer tiefer im Volke Platz greift. Der Kongreß beschäftigte sich mit Regelung des Gegenseitigkeitsverhältnisses, mit dem Bauarbeiter-schutz usw. Ersterer Punkt wurde durch einen Kartellvertrag, der auch auf die Bauhilfsarbeiter ausgedehnt ist, geregelt. Auch wurde ein internationaler Sekretariat beschlossen, als Sekretär wurde Bömelburg gewählt, als Publikationsorgan der Grundstein bestimmt. Auf Vorschlag von Bömelburg findet über sämtliche Berichte keine Diskussion statt.

Nun wird die Einleitung zur Statutenberatung vorgenommen und eine siebengliedrige Kommission zur Durchberatung aller zum Statut gemachten Anträge gewählt.

Zum Statut beantragen 32 Zweigvereine, das ganze Jahr Krankengeld zu gewähren, 131 Zweigvereine wollen die Einführung der Arbeitslosenunterstützung mit Anrechnung aufs ganze Jahr, 61 Zweigvereine wollen volle Beitragsfreiheit bei Krankheit und Arbeitslosigkeit. Alle diese Anträge werden von Bömelburg unter Anführung praktischer Beispiele als unrealisierbar bezeichnet. Auf Vorschlag des Bureau soll zunächst aus jedem Gau ein Redner die Unterstützungsanträge im allgemeinen im Plenum behandeln, um die grundsätzliche Stellung zur Erweiterung der Unterstützungsbedingungen kennen zu lernen. In kurzer Beratung einigen sich die Delegierten der einzelnen Gaue auf einen Referenten. Krämer-Dresden zieht fast alle Anträge aus seinem Gau zurück. Die meisten Redner halten eine allgemeine Erweiterung oder Neueinführung von Unterstützungsbedingungen nicht für durchführbar. Gewünscht wird, daß der Vorstand der Einführung der Familienunterstützung für in Streikfällen abreisende Kollegen näher tritt. Auch die Karenzzeit bei Bezug der Krankenunterstützung soll verkürzt werden. Ferner wird gewünscht, bei Arbeitslosigkeit die Beiträge frei einzuführen, ebenfalls bei Inhaftierung der Kollegen, die länger als 3 bis 4 Wochen dauert. Für Einführung der Arbeitslosenunterstützung ist wenig Stimmung vorhanden, doch wünscht man, daß bis zum nächsten Verbandstag genaue statistische Erhebungen gemacht werden, um auf Grund dieser Unterlagen die Frage näher zu prüfen. Vom Gau Mannheim wird eine Resolution eingebracht, die den Zweigvereinen die Aufgabe zuweist, die gesetzgebenden Körperschaften aufzufordern, die Not, die durch Arbeitslosigkeit eintritt, durch geeignete Mittel zu lindern. Alle Redner geben der Meinung Ausdruck, daß bei Einführung der Arbeitslosenunterstützung die Beiträge erheblich erhöht werden müssen. Nachdem eine Reihe von Rednern gesprochen, erfolgt die Abstimmung über die Materie nach Gruppen.

Glatt abgelehnt wird die Einführung der Arbeitslosenunterstützung, doch soll der Umfang der Arbeitslosigkeit durch Erhebungen festgestellt werden. Der Vorstand wird beauftragt, eine Vorlage zur Familienunterstützung auszuarbeiten und dem nächsten Verbandstag zu unterbreiten. Der Zweigverein wird das Recht zugebilligt, arbeitslose Kollegen vom Beitritt zu befreien. Alle andern Anträge zur Änderung der Krankenunterstützung, Sterbe- und Reiseunterstützung werden teils einstimmig, teils gegen wenige Stimmen abgelehnt.

Eingehend war die Debatte über den Punkt Tarifverträge. Der Vorstand legte folgende Leitfäden vor:

1. Bei eventuellen zukünftigen zentralen Verhandlungen zum Zweck der Vereinbarung eines Vertragsmusters als Grundlage für die Abschließung von Tarifverträgen ist dahin zu wirken, daß

a) durch das Vertragsmuster möglichst alle Fragen des Arbeitsverhältnisses, mit Ausnahme des normalen Stundenlohnes, der normalen Arbeitszeit und der Akkordarbeit, zentral geregelt werden;

b) Bestimmungen, die mit der Regelung des Arbeitsverhältnisses nichts zu tun haben, in das Vertragsmuster nicht aufgenommen werden;

c) die Festsetzung des Stundenlohnes, der täglichen Arbeitszeit und ob Akkordarbeit zulässig sein soll oder nicht, den örtlichen Organisationen vorzubehalten bleibt, und

d) Tarifverträge nur abzuschließen sind für einzelne Orte oder für mehrere Orte, die gemeinsam ein wirtschaftliches Interessengebiet darstellen.

2. Die Aufstellung von Forderungen ist Sache der Zweigvereine resp. der Sektionen für die Spezialbranchen; die hierzu erforderlichen Versammlungen sind den Mitgliedern frühzeitig unter Angabe der Tagesordnung bekannt zu geben.

Die Zweigvereins- resp. Sektionsvorstände haben zur Aufstellung von Forderungen eine Vorlage auszuarbeiten und der Versammlung zu unterbreiten.

Kommen für einen Tarifvertrag mehrere Zweigvereine resp. Sektionen oder mehrere Organisationen in Betracht, dann haben sich diese über die Forderungen zu verständigen. Die Art der Verständigung ist von Fall zu Fall zu vereinbaren.

3. Lokale Tarifverhandlungen, d. h. Verhandlungen für einzelne Wohngebiete, sind, wenn nichts anderes bestimmt wurde, von den Vorständen der Zweigvereine resp. Sektionen zu führen.

Ueber den Verlauf der Verhandlungen ist den Mitgliedern in Mitgliederversammlungen Bericht zu erstatten; in den Versammlungen ist auch über das Verhandlungsergebnis zu entscheiden.

4. Sind Verhandlungen zu führen für ein Gebiet, das sich über mehrere Zweigvereine resp. Sektionen erstreckt, dann haben diese eine Verhandlungskommission einzusetzen, über deren Stärke von Fall zu Fall Vereinbarungen zu treffen sind.

Auch in solchen Fällen ist den Mitgliedern in Mitgliederversammlungen über die Verhandlungen Bericht zu geben. Das Entscheidungsrecht steht ebenfalls den Mitgliedern zu.

Abstimmungen sind in allen in Frage kommenden örtlichen Organisationen möglichst an ein und demselben Tage vorzunehmen. Alle abgegebenen Stimmen werden zusammengezählt; einfache Stimmenmehrheit entscheidet.

Es ist aber auch gestattet, zu vereinbaren, daß die endgültige Entscheidung einer Konferenz der Zweigvereine übertragen wird.

5. Die zentrale Leitung der Lohnbewegung und die Führung zentraler Verhandlungen ist Aufgabe des Vorstandsvorstands und der Gauvorstände; beide gemeinsam können aus ihrer Mitte einen Aktionsausschuß einsetzen.

Der Vorstandsvorstand und die Gauvorstände (für ihre Gebiete) sind berechtigt, an allen lokalen Verhandlungen und auch an den Verhandlungen für Vertragsbezirke teilzunehmen.

6. Die Entscheidung über das Ergebnis der zentralen Tarifverhandlungen im Jahre 1910 steht einem Verbandstage zu; der Verbandsvorstand rechtzeitig einzuberufen hat.

7. Die Bestimmungen des Streifreglements werden durch diese Leitfäden nicht berührt.

Börselburg bemerkt dazu, daß es, um ähnliche Situationen wie im Jahre 1908 zu vermeiden, bei den Kämpfen, die für 1910 drohen, nötig sei, den nächsten Verbandstag, der sich eingehend damit zu beschäftigen habe, zu vertagen, um wieder zusammenzutreten, wenn wichtige Entscheidungen zu fällen sind. Anders werde es nicht kommen. Der Verbandstag heute, der prüfen solle, ob der Vorstand und die Gauvorstände etwas Tadelnwertes getan haben, möge ohne Vorurteil prüfen. Der Verband sei in der Zukunft vor die Lösung großer Aufgaben gestellt; er sei nicht machtlos geworden, wie einzelne behaupten. Machtlos sei der Verband nur dann, wenn man die Dinge nicht sehe, wie sie sind, wenn man nicht einig sei. Sei man aber einig, dann werde alles anders kommen, als die Unternehmer sich vorgenommen hätten. Die Parole müsse deshalb sein, daß für die Arbeiterbewegung nichts unmöglich sei, sondern daß sie die Aufgaben, die sie zu lösen gezwungen sei, um jeden Preis lösen könne, wenn sie einig, geschlossen und stark dastehe. (Lebhafter Beifall.)

Die Debatte über diesen Punkt war wohl lebhaft. Im allgemeinen wurde dem Vorstand Anerkennung gezollt, für das, was er bei den letzten Tarifverhandlungen geleistet hat. Eine dementsprechende Resolution wurde gegen wenige Stimmen angenommen.

Der Sitz des Hauptvorstands bleibt wieder in Hamburg. Mehrere Redner traten für Berlin ein. Ein dementsprechender Antrag wurde verworfen. Es votierten 93 dafür, aber 161 dagegen. Der Vorstand machte geltend, daß die Zimmerer und Bauhilfsarbeiter ebenfalls ihren Hauptstift in Hamburg hätten, die Organisationen des Baugewerbes könnten sich somit immer leicht verständigen.

Der Vorstand erhält für die Zukunft eine andre Zusammenfassung. Der zweite Vorstandsposten wurde beieitigt, Efftinger, der diesen Posten bekleidete, wird Sekretär. Raeplog tritt aus der Grundstein-Redaktion aus, um in Zukunft als erster Sekretär zu fungieren.

Der Maurerverband wird sich demnächst in Hamburg ein eigenes Haus erbauen; es sollen mustergültige Büreauräume darin geschaffen werden.

Damit waren die Aufgaben des Verbandstags erledigt.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Bei Durchsicht der eingegangenen statistischen Fragebogen stellt sich heraus, daß noch eine Anzahl Zahlstellen damit im Rückstand sind. Im 1. Gau fehlen von 12 Zahlstellen 2, im 2. Gau von 20 11, im 3. Gau von 31 10, im 4. Gau von 12 10, im 5. Gau von 11 5, im 6. Gau von 47 25, im 7. Gau von 33 24, im 8. Gau von 43 28, im 9. Gau von 41 12, im 10. Gau von 88 18, im 11. Gau von 34 11 Zahlstellen.

Ist die Einsendung bis 1. Oktober d. J. nicht erfolgt, werden die Zahlstellen veröffentlicht.

Korrespondenzen

Kappelrobeck. Am 28. August fand im Gasthaus zum Redstock eine gut besuchte Steinarbeiterversammlung statt. Der Kassierer gab die Abrechnung vom 2. Quartal bekannt, welche von den Redaktoren für richtig befunden wurde. Als Kassierer wurde Kollege Paul Dönerer neugewählt. Der Vorsitzende erwähnte die Kollegen, daß sie sich besser an pünktlicheren Beitragszahlen gewöhnen möchten. Wenn die Kollegen dem Alkohol etwas weniger

zuspähen würden, dann wären sie auch mit dem Verbandsbuch besser in Ordnung. Es wurde auch der Antrag gestellt, den Wochenbeitrag um 5 Pfg. zu erhöhen. Leider wurde dieser durch heftige Debatte abgelehnt. Dagegen wurde beschlossen, einen Extrabeitrag von 10 Pfg. pro Monat zu erheben. Im Punkt Statistik beantragte der Vorsitzende, daß die Kollegen sich so wenig Mühe geben mit der Ausfüllung. Es ist wirklich bedauerlich, daß von der Zahlstelle nur der vierte Teil die Statistik ausgefüllt hat. Jeder Kollege sollte am Sonntag so viel freie Zeit übrig haben, daß er seinen Lohn eintragen kann. Im Punkt Verschiedenes kam es wegen des Tarifs zu einer lebhaften Debatte, indem einige Unternehmer denselben umgehen. Besonders die Unterakfordantien werden am ehesten tarifbrüchig. Die Schwarzwaldb-Steinmehlen lassen sich aber eine solche Reibung auf keinen Fall gefallen. Beschlossen wurde, der Gewerbeinspektion mitzuteilen, daß hier in Wäbe die Betriebe revidiert werden möchten. Es wird da manche Schweinerei ans Tageslicht kommen.

Langensalza. Am 29. August legten circa 150 Mann die Arbeit nieder; der Grund hierzu war: die seit längerer Zeit kommende falsche Auslegung des Tarifs zuungunsten der Steinmehlen. Alle Bubenrechte vorher hatten sich schon wiederholt damit beschäftigt, diese Differenzen zu regeln. Das Geschäft jedoch nahm immer den Standpunkt ein, daß es so und nicht anders gerechnet wird. (Wie heißt denn die Firma? Redaktion.) Die Empörung wuchs von Tag zu Tag, bis am letzten Sonnabend früh der Geschäftsführer abermals zum Bubenrecht eingeladen war, um die strittigen Punkte endgültig aus der Welt zu schaffen. Derselbe weigerte sich, zu erscheinen, was natürlich dem Kaffe den Boden einschlug. Denn dazu sind die tariflich festgelegten Bubenrechte da, die vorkommenden Differenzen zu regeln, die ja bei dauerlicherweise in neuerer Zeit so öfters vorkommen. Deshalb möchte man das Bubenrecht illusorisch machen. Verhandlungen hoben darüber schon stattgefunden, jedoch sind die Hauptpunkte noch nicht erledigt. Wenn man in Betracht zieht, daß hier nur die tariflichen Abmachungen in Frage kommen, ist es bedauerlich, daß man (der Tarif besteht seit 1. April 1908) noch darüber in den Streit treten muß.

Die am 1. September im Schloßkeller tagende Versammlung nahm den Bericht der Kommission entgegen und erklärte sich mit den gemachten Zugeständnissen nicht einverstanden. Der Streit war perfekt. Wir bitten die Kollegen, uns in diesem Kampfe moralisch zu unterstützen.

Langensalza. Der Streit der Steinarbeiter ist am Donnerstag, den 3. September, beigelegt worden. Die Differenzen, um die es sich handelte, sind durch den Zentralvorsitzenden Starke, den Gauleiter Bühler und die gewählte Kommission endgültig aus der Welt geschafft. Die Erklärungen wurden in 13 Punkten schriftlich niedergelegt und dem bestehenden Tarif angegliedert. Dem geschlossenen Vorgehen der Kassierer, Brecher und Steinmehlen ist es zuzuschreiben, daß der Kampf in ein paar Tagen erledigt war. Auch die gute Konjunktur, die hier gegenwärtig herrscht, mag mit dazu beigetragen haben. Möge der Frieden nun ein dauernder sein; denn aus dem Briefe, den der Geschäftsinhaber an die Kommission gerichtet hat, ist das deutlich hervorgehoben. Seine Beamten sind nun streng angewiesen, den bestehenden Tarif einzuhalten. Eine Kommission von drei Mann soll fernerhin die strittigen Punkte, welche im Bubenrecht ihre Erledigung nicht finden können, bei der Geschäftsleitung regeln. Beteiligt am Streit waren 115 Mann.

Löbau. Am 1. September fand in der Tonhalle eine öffentliche Steinarbeiterversammlung statt. Den 1. Punkt: Ursachen und Folgen wirtschaftlicher Krisen, besprach der Vertrauensmann Kollege Lode. Er erläuterte die wirtschaftlichen Zusammenhänge, welche die Krisen hervorbringen. Ferner hob er hervor, daß die Krisen eine Folge der kapitalistischen Wirtschaftsweise sind und nicht früher verschwinden können, als bis an Stelle der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsweise die sozialistische tritt. Auch zeigte er noch, wie gerade in der Krisenzeit Christen ins Proletariat gedrückt werden und immer das Großkapital als Sieger hervorgeht. Dieses mühte auch ganz besonders den Steinarbeitern der Oberlausitz begreiflich sein, welche auch jetzt wiederum hart von der Krise betroffen sind. Jeder Stillstand oder Rückgang der Organisation in Zeiten der Krise nützt bloß dem wirtschaftlich stärkeren Unternehmertum und macht gleichzeitig beim Eintreten eines besseren Geschäftsganges jede Forderung der Arbeiter unmöglich. In längeren Ausführungen zeigte Kollege Höhne noch den Anwesenden, daß ganz besonders der neue Poltarif vieles zu der jetzigen Krise beigetragen hat. Er betonte auch die Notwendigkeit einer guten gewerkschaftlichen sowie politischen Organisation. Zum 2. Punkt gab Kollege Schwarz als Statistiker seinen Bericht. Von ca. 300 Kollegen der Zahlstelle Löbau-Opfach hatten 165 ihre Statistik abgegeben. Davon waren 124 Steinmehlen und 41 Schleifer. Die Steinmehlen verteilten sich auf Löbau 62 und Opfach 62. Die Schleiferzahl beschränkt sich bloß auf Löbau. Der Gesamtverdienst der 124 Steinmehlen beträgt in 35 236 Arbeitstagen 141 221 M. Der Durchschnittsverdienst des einzelnen beträgt in 284 Arbeitstagen 1139.18 M. Von diesem Durchschnittsverdienst sind noch 75-80 M. für Schmiergeld und Werkzeug in Abzug zu bringen. Es verbleibt ein Verdienst von 1060 M. Bemerkenswert ist, daß 48 Kollegen diesen Durchschnittsverdienst nicht erreichten. Auf die einzelnen Orte verschiebt sich das Verhältnis folgendermaßen: Die 62 Steinmehlen von Löbau verdienen im ganzen 78 920 M., pro Mann 1273.05 M. Das ist ein Mehr gegen das Vorjahr von 50 M. Dieses ist auf den besseren Geschäftsgang zurückzuführen. Der Gesamtverdienst der 41 Schleifer beträgt in 2037 Wochen 33 562 M. Das ergibt einen Durchschnittsverdienst von 818.58 M., also pro Woche 16.47 M. Von dem Jahresverdienst sind auch noch 30 M. für Schleifmaterial in Abzug zu bringen. Die Krankheitsziffer ist folgende: Von 165 Kollegen waren 40 Kollegen in 52 Fällen 977 Tage krank. Hierin entfallen auf die Steinmehlen von Löbau 633 Tage, auf die Steinmehlen von Opfach 200 Tage und auf die Schleifer 144 Tage. Die Art der Krankheit war folgende: Rheumatismus in 16 Fällen, Hals- und Lungenleiden in 18 Fällen 14 Mann, Unfall und Verletzung 12 Mann, sonstige Krankheiten 9 Mann. Diese Statistik zeigt so recht die „Luguslöhne“ (wie sie früher einmal ein Löbauer Mann bezeichnet haben soll) von dem gesundheitsgefährlichen Beruf der Steinarbeiter. Im nächsten Jahre sind sämtliche Kollegen verpflichtet, ihre Statistik abzugeben, denn eine gute Statistik ist zur Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse unentbehrlich. Unter gewerkschaftlichem kam zur Sprache, wie schwer die Steinarbeiter unter der jetzigen Krise leiden. Ganz besonders bei der Firma Klotz (jetziger Inhaber Emil Reichel) wird seit etlichen Wochen bis nachmittags 4 Uhr gearbeitet. Auch haben sich eine Anzahl Kollegen unter diesen Verhältnissen selbst anderweitig Beschäftigung gesucht und etliche haben ihre Kündigung erhalten. Daß in solchen Zeiten neben dem Lohnausfall die Kollegen die Macht der Unternehmer, auch ganz besonders der Polizei, zu fühlen bekommen, kam in der Versammlung zum Ausdruck. Ferner wurde Kenntnis genommen von der angeblich wegen Arbeitsmangel erfolgten neueren Entlassung eines Schleifers bei der Firma Klotz, welcher bereits 15 Jahre dort beschäftigt war. Einstimmig war die Versammlung der Ansicht, daß Arbeitsmangel nicht der Grund sein kann, da doch ein Mann in einem solchen Betriebe nicht viel ausmacht. Auch wurde angenommen, daß die Entlassung nicht auf Veranlassung des neuen Chefs erfolgt sein konnte, sondern vielmehr ein Nachwerk der Polizei sei. Ein Antrag: „Steinmehlen und Schleifer haben gemeinschaftliche Bubenrechte auf den Kläßen vorzunehmen“, fand nach längerer Debatte einstimmige Annahme. Eine Anfrage, einen Fragekasten einzuführen, wo jeder Kollege vor der Versamm-

lung seine Wünsche anbringen könnte, wurde nach Für und Wider durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. Ein Antrag, in den nächsten Versammlungen aufklärende Vorträge mit geeigneten Referenten abzuhalten, fand einstimmige Annahme. Hierauf Schluß der Versammlung.

Netten. Der Streit dauert unverändert weiter. Streikbrecher zu ergattern, war der bayrischen Granitaktiengesellschaft nicht möglich. An Versuchen, um solche nützliche Elemente anzuerkennen, hat es nicht gefehlt. Weit über 50 Kollegen sind eingereist und damit ist unsere Situation keine schlechte. Wir haben schon gemeldet, daß nur noch drei Mann zu unterstützen sind. Die Geschlossenheit der hiesigen Kollegen wird auch von den Unternehmern anerkannt. Etliche Kleinmeister haben ja den Bezirkstarif erst unterzeichnet, nachdem die Sperre über ihre Betriebe ausgesprochen war. Die Kollegen stellen hier keine unerfüllbaren Forderungen, aber auch daran wollte man noch rütteln. In den übrigen Betrieben, wo der Tarif anerkannt wurde, wird selbstredend ruhig weitergearbeitet.

Regensburg. In der am 29. August im Verbandslokal Wittelsbach tagenden Mitgliederversammlung gab zunächst unser Vorsitzender, Kollege Kürzinger, einen Rückblick über die verfloßene Lohnbewegung. Die in unsern früheren Tarif angebrachten 10 Lohnklassen sind nun verschwunden. Durch den geführten Kampf haben wir es auf 3 Lohnklassen gebracht. Diese sind 40, 42 und 45 Pfg. pro Stunde. Die 30-Pfg.-Steinmehlen sind nun von hier verschwunden, dank der Organisation und der Einigkeit der Kollegen. Die vorgemachten Anträge unserer Arbeitgeber wegen Arbeitsmangel haben sich nicht bemächtigt, denn jetzt haben sie auf einmal viel Arbeit, wo sie fremde Kräfte noch einstellen mußten. Die lieben vier Streikbrecher Karl Giltl, Mathias Schwarz, Georg Schießl und Georg Müller sind in einer Werkstatt nun beisammen, beim Steinmehlmehler Federl. Den hiesigen Kollegen möchten wir nur raten, einig zu sein und die Versammlungen fleißig zu besuchen. Auch wünschen wir unsern Nachbar Kollegen im Bayrischen Wald viel Glück zu ihrem gerechten Kampfe.

Rabel. Am 6. September fand in Behren im Restaurant von Runge eine öffentliche Steinarbeiterversammlung statt. Kollege Steininger-Reihen I referierte in mustergültiger Weise über das neue Vereinsgesetz. Wir hoffen, daß wir diesen geschätzten Redner bald wieder in unser Mitte begrüßen können. Der Kassierer gab die Abrechnung vom 2. Quartal bekannt. Es kam hier besonders zur lebhaften Debatte über die Führung der Statistik. Es sei nochmals jeder Kollege darauf hingewiesen, seine Statistik gewissenhaft auszufüllen, damit die Ortsverwaltung nicht in Verlegenheit kommt, den Mitgliedern, welche krank sind, ihre Unterstützung weitergeben zu müssen. Zu Punkt 3 wurde der Beschluß bekannt gegeben, daß nächsten Sonntag, den 13. September, unser diesjähriges Stiftungsfest stattfindet. Etliche Kollegen drohen mit dem Uebertritt zum Hilfsarbeiterverband, wenn nicht dies oder jenes beim Steinarbeiterverband zur Einführung gelangt. Das sind nichts wie Kläusen. Unser Verband kann es, was Schlagfertigkeit und Interessenvertretung anbetrifft, mit Leichtigkeit mit jeder andern Organisation aufnehmen. Diese faulen Ausreden werden bloß gebraucht, um sich vom Verbandsbeitrag zu drücken.

Rundschau.

Neubeginn der gewerkschaftlichen Unterrichtskurse. Die Generalkommission läßt wieder vier Unterrichtskurse beginnen, und zwar am 7. September, 2. November, 4. Januar und 22. Februar. An dem Kursus, der am 7. d. M. begann, nehmen von unserm Verband die Kollegen Sekretär Walter vom Zentralbureau und Gauleiter Hermann-Köln teil. Ein sehr wissenschaftlicher Stoff wird vom Professor Dr. Sommerfeld behandelt: Die Gewerbehygiene. Folgende Hauptkapitel gebildet er dabei zu erörtern: 1. Die Bedeutung der Arbeiterversicherung für die Erhaltung der Volksgesundheit. 2. Allgemeine gewerbliche Gesundheitspflege. 3. Gewerblicher Staub. 4. Bekämpfung der Staubgefahr im Gewerbebetriebe. 5. Gewerbliche Vergiftungen. 6. Weitere Ursachen im Gewerbebetriebe. 7. Die chronische Bleivergiftung. 8. Die Hygiene des Buchdruckgewerbes. 9. Hygiene der Industrie der Steine und Erden. 10. Hygiene der Nahrungs- und Genussmittel. 11. Hygiene der Textilindustrie und 12. Hygiene der Holzindustrie und der Schnitzstoffe.

Werkvergrößerung. Die der Nürnberger Firma G. Lad gehörigen Granitsteinbrüche in Cham wurden um 96 000 M. an ein Konsortium veräußert. Die Werkanlagen werden vergrößert, überhaupt wird der ganze Betrieb erweitert.

sc. Die Verkürzung der Arbeitszeit und ihre Wirkungen. Im Gewerbeinspektionsbezirk Rheinhausen macht sich seit einigen Jahren das Bestreben geltend, die Arbeitszeit bei gleichbleibenden Löhnen herabzusetzen. Man hat überall damit die besten Erfahrungen gemacht. Heute erfreuen sich schon 4615 Arbeiter, über ein Drittel der gesamten Arbeiterschaft des Bezirks, des 8 1/2 stündigen Arbeitstages. Durch die Erhöhung der Stundenlöhne verdienen die Arbeiter mindestens daselbe wie früher, in den meisten Fällen sogar noch mehr und haben daneben noch die Annehmlichkeit, von 5 Uhr nachmittags ab sich und ihren Familien leben zu können. Ebenso wird durch pünktlichen Anfang und Schluß der Arbeitszeit bei der Stücklohnarbeit gleiches wie früher geleistet und verdient. Andererseits finden auch die Firmen ihre Rechnung bei dieser Neuordnung, da auf diese Weise eine bessere Ausnutzung der Maschinenkraft, der Lagershalle und der Arbeitszeit erzielt wird. Auch das städtische Lagerhaus Worms hat die Arbeitszeit herabgesetzt. Die Inspektionsdirektion teilt mit, daß sie mit der neuen Betriebs-einteilung nur gute Erfahrungen gemacht hat. Die Jahresverdienste der Arbeiter und die Gesamtleistungen sind die gleichen geblieben. Die verminderte Arbeitszeit hatte naturgemäß eine längere Benutzungszeit der Lokomotive zur Folge, wodurch einige Ersparnisse erzielt worden sind.

Eine duffige Submissionsblüte, wie sie trotz allem, was man auf diesem Gebiete schon erlebt, nicht alle Tage vorkommt, wird uns aus Breslau übersandt. Dort waren am 2. September die Erd- und Betonarbeiten zur neuen Feuerwache zu vergeben, worauf folgende Gebote eingingen: Schleifische Betonarbeiten-Gesellschaft 38 635.60 M., Simon-Gesellschaft 24 772.65 M., Druß u. Co. 20 804.40 M., Rautenburg u. Co. 18 639.50 M., Just 13 205.75 M., Baum 12 590 M., Simon u. Galspapp 11 850.70 M., Th. Roche 10 775.20 M., Wegner 10 631.20 M., C. G. Zerfähe 10 229.85 M., Vokat-Eisenbeton-Gesellschaft 9 192.21 M., Serwatt 7848.70 M., D. Haase 7570.50 M., Dreher 6277.50 M. Also: Wofür die Schleifische Beton-Gesellschaft 38 635.60 M. verlangt, das will Herr Dreher für den sechsten Teil des Betrags machen! Wer zahlt da eigentlich die Differenz?

Wie wir hören, wird infolge dieser wahnstinnigen Unterbietungen und weil manche Gebote doch allzu sehr nach Schmutzkonkurrenz riechen, eine Neuausschreibung vorgenommen werden.

Das Amtsgeheimnis in der preussischen Fabrikinspektion. In einer Gewerbegerichtssache zu Frankfurt a. M. behauptete der belagte Unternehmer, einen Lehrling nur deshalb entlassen zu haben, weil er dem Gewerbeinspektor unberechtigte Bescheidungen über seinen Betrieb gemacht habe. Das Gewerbegericht forderte die Akten vom Gewerbeinspektor. Letzterer lehnte aber die Auslieferung der Akten ab. Der Meister will aber beschwören, daß ein Beamter der Gewerbeinspektion ihm bestimmte Mitteilungen gemacht habe. Die Fabrikinspektion hat alle Urteile, den Fall sofort aufzuklären! Es wäre allerdings

unverhört, wenn die Gewerkschaften dementsprechend verfahren wäre.

Christlicher Zahlenschwandel. Durch die bürgerliche Presse geht eine Notiz, die in ihrer Aufmachung irreführend wirken kann. Es heißt darin u. a.:

Die freien (sozialdemokratischen) Gewerkschaften haben im Jahre 1907 ihren Mitgliederbestand um 4,1 Prozent, die christlichen Gewerkschaften den ihrigen um 9,5 Prozent vermehrt.

Das könnte jemand, der mit den Verhältnissen nicht vertraut ist, so auffassen, als ob die Zunahme der christlichen Gewerkschaften im Gegensatz zu der der freien Gewerkschaften ganz gewaltig sei. Die Prozentziffern sind aber nur zu verstehen in Verbindung mit den dazu gehörigen Mitgliederzahlen und dann bekommt die Geschichte ein wesentlich anderes Gesicht. Außerdem sind die Prozentzahlen nicht richtig. Die durchschnittliche Jahresmitgliedszahl der freien Gewerkschaften betrug nämlich im Jahre 1906 1.689.709 und im Jahre 1907 1.865.506, das bedeutet eine Zunahme von 175.797; das sind aber nicht 4,1 Proz., sondern über 10,4 Proz. Dagegen betrug die durchschnittliche Mitgliederzahl der christlichen Gewerkschaften im Jahre 1906 247.116 und im Jahre 1907 274.323. Das bedeutet eine Zunahme um 27.207, das sind 11 Proz.

Der Unterschied in den Prozentziffern ist also ganz unwesentlich. Der Kern der Sache ist aber der, daß die Mitgliederzunahme der freien Gewerkschaften so ungeheuer erdrückend ist, daß die der Christlichen gar nicht dagegen aufkommt. Der Abstand muß zu deren Ungunsten auf diese Weise immer größer werden. Das zeigt sich in der ganzen Entwicklung der letzten Jahre. In den Jahren 1903 bis 1905 z. B. hat die Zahl der gewerkschaftlich organisierten insgesamt um 73,5 Proz. zugenommen. In demselben Zeitraum aber hat sich die Zahl der in den freien Gewerkschaften organisierten allein um 88,1 Prozent vermehrt.

Auf dem Wege zum Achtstundentag in Norwegen. Das Sozialkomitee des norwegischen Storting hat kürzlich das Ergebnis seiner Untersuchungen über die Einführung eines gesetzlichen Normalarbeitstags veröffentlicht. Besonders bemerkenswert sind die Gutachten, die das Komitee über die Wirkung der Arbeitszeitverkürzung auf die Arbeitsleistung von Sachverständigen erhalten hat. Von der Leitung der norwegischen Staatsbahnverwaltungen liegt eine Erklärung vor, die besagt, daß jetzt in 58 Stunden Arbeitszeit wöchentlich ungefähr ebensoviel produziert wird, wie früher in 60 Stunden. Die Arbeitszeitverkürzung um über eine Stunde den Tag hat die Produktion nicht vermindert. Ferner wird berichtet, daß in anderen Betriebszweigen, wo in Akkord gearbeitet wird, festgestellt wurde, daß der Unterschied zwischen dem Arbeitsverdienst dazwischen 8 Stunden und dazwischen 10 Stunden täglich arbeiten, verschwindend gering ist. Besondere Aufmerksamkeit verdienen die beim Bergbau Sanddal-Kamot gemachten Erfahrungen, wo die Arbeiter, nachdem sie den Achtstundentag ein halbes Jahr lang ausprobiert hatten, erklärten, daß sie diese Arbeitszeit beibehalten wollten, weil sie herausgefunden hatten, daß sie nun dieselbe Menge Arbeit in 8, wie sonst in 10 Stunden leisten können.

Vom Bergwerksdirektor in Trondhjem wird erklärt, daß nicht allein ebensoviel Arbeit in 58, wie früher in 60 Stunden geleistet wird, sondern daß es auch als ganz empfehlenswert anzusehen ist, die Arbeitszeit auf wöchentlich 48 Stunden herabzusetzen.

Die Mehrheit des Sozialkomitees, die aus Liberalen und Sozialdemokraten besteht, schlägt nun die Einführung eines gesetzlichen Normalarbeitstags von 9 und von 8 Stunden vor. Die konservative Komiteeminderheit ist zwar im allgemeinen gegen einen gesetzlich beschränkten Arbeitstag, schließt sich jedoch dem Vorschlag an,

daß die Arbeitszeit in Betrieben oder Teilen von Betrieben, wo besondere Gefahren für Leben und Gesundheit der Arbeiter vorhanden sind, oder wo leicht eine Überanstrengung eintreten kann, auf 8 Stunden den Tag beschränkt wird. Ebenso ist die Minderheit damit einverstanden, daß die Arbeitszeit in solchen Betrieben, die im hohen Grade gesundheitsgefährlich sind, noch weiter eingeschränkt werden kann.

Schlammige Gerüste. Freitag, den 4. September, ereignete sich am Umbau des Deutschen Hauses in Frankfurt a. M. ein Unglücksfall, der leicht schwere Folgen nach sich ziehen konnte. 5 Maurer und ein Steinmetz transportierten hoch am Gerüste eine Sohlbank. Das Gerüst stürzte ein; die Sohlbank hing sich glücklicherweise an zwei Pfosten auf, so daß die Abstürzenden mit Hautschürfungen davorkamen. Vorige Woche stürzte an demselben Bau ein 80 Zentner schwerer Stein ab; der unten hängende Steinmetz konnte sich noch durch einen Sprung retten. Wo bleibt die Baukontrolle?

Unfall beim Sätlehen. Vergangene Woche ereignete sich in dem Bitterleinschen Steinbruch in Großsteinberg bei Weicha durch das Nichteinhalten der Schiebevorschriften ein bedauerlicher Unglücksfall dadurch, daß ein Schuß zu zeitig losging und einem Arbeiter das Bein vollständig abriß und in die Luft schleuderte. Der Schwerkverletzte, welcher gleichzeitig den Schiebmesser vorstellte, hat das Pulver mit einem Stampelbohrer festgestampft und dadurch hat sich selbigen selbstverständlich entladen. Ein Arbeiter, welcher gerade Wasser holte, blieb auf diese Weise unverletzt. Da in diesem Betriebe schauerhafte Mißstände bestehen, so fordern wir hierdurch die zuständige Behörde auf, diese Angelegenheiten gründlich zu untersuchen. Es ist in letzter Zeit sogar Sonntags während der Kirche geschossen worden. Im übrigen werden wir in einer der nächsten Nummern näheres darüber berichten.

Literarisches.

Neunter Jahresbericht des Arbeitersekretariats Frankfurt am Main. In einem Anhang bearbeitete Genosse Fried. Brand die Zwangsverziehung in Preußen. Der Bericht ist durch die Buchhandlung Volksstimme, Am Schwimmbad 12, zum Preise von 1 Mark zu beziehen.

Wochenskonjunktur und Wirtschaftskrisis von Max Schippel. (Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin.)

Bei der augenblicklich in der gesamten Industrie herrschenden Krise wird diese aktuelle Broschüre sicher besonderem Interesse begegnen. Wer den Zusammenbruch der jetzigen Konjunktur richtig erfassen will, findet in dem Werkchen die nötige Aufklärung. Jeder Agitator sollte sich damit ausrüsten.

Der Materialismus in der Medizin. Von Dr. med. Franz Kleinschrod. (Verlag: Lebenskunst - Heilkunst, Berlin S. 59.) Preis 75 Pfg., Porto 5 Pfg.

Der Bildungsausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Geschäftsstelle: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, gab heraus: 1. Das Winterprogramm für Arbeiterbildungskurse; 2. Die Musterkataloge für Arbeiterbibliotheken.

Die Zahlstellenverordnungen möchten sich diese beiden Broschüren kommen lassen. Sicher finden sie darin manchen Wink, um Bibliotheken sachgemäß einzurichten und Anregung zu geben, wie am praktischsten Unterrichtskurse zu gestalten sind.

Kollegen! Agitiert für eure Organisation!

Allgemeine Bekanntmachungen.

Schmalziden. Die Steinmetzen Joseph Hermann und Karl Schünemann mögen ihre Adresse angeben. Der Vorstand.

Öttingen. Der Steinmetz Heinrich Schwarzlich, geb. am 27. Juli 1871 in Holzerrode, ist spurlos verschwunden. Ich bitte, auf Wunsch seiner Frau, den etwaigen Aufenthalt mir bekanntzugeben. Weiter bitte ich, daß mir der Aufenthalt des Kollegen Karl Behrens, geboren in Ebergöben, bekanntgegeben wird. Hermann Klinge, Vorsitzender, Gartenstraße 7.

Höwenberg. Ersuche den Kollegen Otto Rosenplänter, geb. am 7. April 1870 in Waake, seine Adresse sowie 25 Pfg. für Erbschmarke an Unterzeichneten zu senden. Georg Eisenhauer, Kassierer, Laubauer Str. 252.

Ostwald. Laut Versammlungsbeschluss vom 6. September erhalten alle Genossen ihre Extrabeiträge wieder zurückerstattet, welche sie für den Saalbau Ostwald geleistet haben. Ich ersuche nun die Kollegen Emil Kuzica, J. Gottwald, E. Maschke, B. Buntzsch, K. Fischer, W. Günter und Johann Denardie, mir bis zum 20. ds. Mts. ihre Adresse mitzuteilen, wenn sie ihren Beitrag zurückhaben wollen. Der Ueberschuß von dem gesteuerten Gelde wird der Parteikasse des 9. Reichstagswahlkreises überwiesen. Sporleder, Vertrauensmann.

Regensburg. Das Verkehrslokal und die Herberge befinden sich im Gasthaus zur blauen Elie, Hauke-Allen-Gasse F 27. Wolfgang Kürzinger, Vorsitzender, Rote-Hahnen-Gasse B 56.

Muna (Weiskalen). Der Steinmetz Hermann Bohmann mag sofort seine Adresse einsenden. Er hat mir gegenüber noch Verpflichtungen zu erfüllen. Adolf Maled, Steinmetz.

Mannheim. Die Kollegen Jakob Dotterer, geboren am 15. Oktober 1882 in Siegelbach, Karl Renner, geb. am 22. September 1888 in Siegelbach und Kaiser Thoma, geb. am 5. April 1889 in Lindelbach, liegen hier ihre Interimskarten liegen. Stodt, Kassierer.

Für die Familien der inhaftierten Kollegen des Aufschlagentages gingen an freiwilligen Beiträgen vom 18. August bis 5. September folgende Gelder ein:

| | |
|----------------------------------|---------|
| Zahlstelle Heidingsfeld, 2. Rate | 10.— M. |
| Wörth a. M. und Umgegend | 5.— " |
| Rittlingen (Württemberg) | 3.— " |
| Zusammen | 18.— M. |

Insgesamt gingen bis zu obigem Endtermin von 167 Zahlstellen 2747,18 M. ein. Den Zahlstellen, die auf unser Zirkular nicht reagierten, sei mitgeteilt, daß die Sammlung bald geschlossen wird und in Anbetracht der Mittel, die gebraucht werden, bald das Veräumte nachholen möchten.

J. A.: Max Lohse, Würzburg, Wagnerplatz 7, II.

Adressen-Änderungen.

Duisburg. Kass.: Math. Grußen, Duisburg-Verl, Nordstraße 8.

Zährschwiger. Kass.: Adolf Haus.

Überried. Vorl.: Ph. Dffergeld, Wirtelstraße 14. Kass.: R. Werner, Weberstraße 30a.

Hodenau-Neudorf. Vorl.: Wilhelm Schneider, wohnhaft in Alt-Verthau. Eilige Briefe sind direkt nach dem Werkplatz Better zu adressieren.

Mühlhausen (Elsaß). Vorl.: Johann Klink, Laubauerstr. 98, III.

3333 Anzeigen 3333

Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitssuchenden sich über die einschlägigen Berufsverhältnisse schriftlich zu erkundigen.

Zahlstelle Demitz-Thumitz!

Dienstag, den 15. September, abends Punkt 7 Uhr
Mitglieder-Versammlung
im Gasthof in Neu-Schwölln.
Wichtige Lageordnung. Alle erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

Kappelrodeck, Ottenhöfen, Seebach u. Umg.

Sonntag, den 20. September 1908 findet in Kappelrodeck im Rebstock unser diesjähriges

Herbst-Fest

statt. — Nachmittags Festrede, abends Ball.
Es sind sämtliche Kollegen eingeladen.
Das Festkomitee. J. A.: Hans Weinbl.



Albert Baumann
Werkzeug-Fabrik
Aue (Erzgeb.)
Preisliste
über alle
Steinmetz-Geschirre
versende
gratis.
Lieferung sofort!

Neu! Eigene Erfindung! Neu!
Stock-Kisshammer-Fräsmaschine mit Handbetrieb

spielend leichter Gang, fräst den Hammer in zwei Minuten. Keine Feilen mehr! Zeit- und Kohlenersparnis! Kann jeder Lehrling drehen! Als Deutsches Reichs-Patent angemeldet.
Herm. Goldammer, Leipzig, Südstrasse 29.

Spezialhaus für Berufskleidung

Eigene Anfertigung
Schürzen-Stoff, extra breites Hausmacherleinen.
Zadetts, Gosen
Emil Keidel, Hamburg 6
Bartelsstraße 101.

München-Gladbach. Kass.: Wilh. Garatz, Lindenstraße 83.
Augsburg. Kass.: Sebastian Wagner, Flurstraße 261.

Neue Zahlstellen.

Hilfsburg (G. Gau). Vorl.: Ernst Rißau, Blaue-Stein-Strasse 32. Kass.: Fritz Beder, Buchbergstraße 22.
Darlingerode a. G. (G. Gau). Vorl.: Wilhelm Dehlmann, Nr. 11. Kass.: Wilhelm Krümpelmann, Altenrode Nr. 58.
Zanowitz a. Riesengeb. (2. Gau). Vorl.: Heinrich Nst. Kass.: Anton Lobe, Nieder-Zanowitz a. Riesengebirge.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 31. August bis mit 5. September.

(Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate, X. = Extrasticker.)

Baumhöber, B. 46.—, K. 4.—; Eisenach, B. 232.80; Faulbach, B. 4.20, K. 10.05; Magdeburg, B. 184.—; Wentz-Nachwitz, B. 230.—; Wildemann, B. 64.05, K. 0.45; Rotenburg, B. 5.60; Bernstadt, B. 1.85; Bitterfeld, B. 3.95; Altleben, B. 114.—; Ehringssdorf, B. 63.—; Häslicht (Schle.), B. 798.—; Gerbede, B. 108.40, E. 9.—, M. 2.50; Königberg, B. 184.—; Kappelrodeck, B. 115.—; Königsbüch, K. 40.50, Ins. 0.40; Rüdgers, B. 39.90, K. 0.10; Ströbel, B. 420.—; Silberbrunn, B. 2.20; Selbe, B. 9.45; Reichenbach (Wogel), B. 4.95; Gotha (Granitwerk), Ins. 1.50; Brügg, Ab. 1.80; Leipzig (Fein), 0.10; Würzburg (Rugwurm), K. 1.80; Riesenstetten, B. 5.—; Stade, B. 15.40; Schoploch, B. 96.45, E. 0.25, K. 3.30; Burzen, B. 273.—; Reiffenhäusen, X. 3.—; Kupperdreh, B. 53.60; Heilbronn, B. 252.—, K. 20.—; Frankfurt a. O., B. 138.—, M. 0.90; Frankfurt a. M., B. 230.—; Königslutter, B. 68.08; Eberfeld, B. 92.—, E. 10.—, K. 7.40; Deutmannsdorf, B. 92.—; Allagen, B. 14.50; Neumünster, B. 4.50; Neustettin, B. 2.30; Bamberg, K. 3.—; Blaumberg, K. 60.—; Hamburg II, B. 368.—; Niederlamitz, K. 12.75, X. 7.25; Rehau, B. 23.94, K. 5.85, M. 0.20; Geier, E. 1.75, M. 0.25; Lüdenscheid, B. 46.—; Reiffenhäusen, B. 57.12; Schwerin, B. 7.70; Gasserode, K. 12.75; Leipzig I (Tanneberger), M. 1.80.
Ludwig Geiß, Kassierer.

Quittung

über zurückgesandtes Markenmaterial vom 1. bis mit 31. August.

Hartmannsdorf, 196 B. M. III, 31 K. M., 20 E. M. Düsseldorf II, 100 X. M. Leopoldstal, 32 X. M. Alpirsbach, 40 B. M. II, 2 E. M. Bühlertal, 237 B. II, 2 E. M., 75 K. M. Diefenbach, 100 B. M. III, 50 K. M., 10 E. M. Marktfeuthen, 7 X. M. Oberbühlingshausen, 75 X. M. Kassel II, 66 B. I, 54 K. M., 9 E. M. à 0.50, 73 X., 1 Hauptbuch, 1 Geleibuch, 3 Broschüren, 3 Futterale, 1 Farbfisfen mit Stempel. Schönberg, 30 X. M., Bamberg, 54 X. Nimbach, 2 X. Nordlingen, 34 X. Birges 82 X. Rindisch, 216 B. II, 9 E., 98 K., 1 Broschüre, 1 Geleibuch, 1 Stickerbuch, 14 Futterale. Bonn, 74 B. I, 9 E., 56 X., 1 Z., 19 B., à 0.40. Bochum, 3 X. Ludwig Geiß, Kassierer.

Briefkasten.

München. Besten Dank für den Kartengruß! Die Zeit reichte leider nicht aus, um in der Kurfürstenstraße vorzusprechen. — **Hildesheim.** E. Wird natürlich aufgenommen. — **Karlsruhe.** Das Injerat kostet 1.80 M. — **Bogel.** Wenn der Betreffende eine so hohe Gefängnisstrafe absolviert, so ist sein Buch an die Zentrale einzuliefern. Von der Leistung der Groschenmarken ist derselbe in diesem Falle entbunden.



Reisekörbe
kauft man direkt von der Fabrik
Julius Trethar in Grimma 627.

| | | | | | | | |
|-----------|------|------|-----|------|------|-------|------|
| Länge cm. | 40 | 50 | 60 | 70 | 80 | 90 | 100 |
| Mark | 3.80 | 4.60 | 6.— | 7.50 | 9.50 | 11.50 | 14.— |

Lüchtige Hand- und Maschinenschleifer

auf schwarz-schwedischen Granit finden dauernde Beschäftigung bei gutem Akkordlohn.
Westdeutsche Marmor- und Granit-Werke
Aktien-Gesellschaft
in Dortmund, Bölderstraße 166.

Verheiratete Hand- und Maschinen-Granitpoliseure

werden gesucht. Dauernde Arbeit wird zugesichert. — Schöne Wohnungen und Gärten sind im Werke vorhanden. Offerten an die Société „Le Granit“ in Abainville par Gondrecourt (Meuse), Frankreich.

Ein tüchtiger verheirateter Schmied

der schon längere Zeit auf Granitgeschirr tätig war, sucht dauernde Arbeit. Offerten unter Chiffre 400 hauptpostlag. Karlsruhe.

Die Steinmetzen **Marx, Klein** und **Wolf** möchten mit ihren jetzigen Aufenthalt mitteilen. Vorläufig viele Grüße.
Matthias Zeharda, Aue (Erzgeb.), Wettinerstr. 86, pt.

Gestorben.

In **Bayreuth** am 2. September der Kollege **Hans Werner**, 36 Jahre alt, an der Berufsfrankheit.
In **Dresden** am 5. September der Kollege **Adolf Schumann**, 33 Jahre alt, an der Berufsfrankheit.
In **Reichenbach** am 29. August der Kollege **Philipp Rettig**, 21 Jahre alt, an Schlagfluß.
Ehre ihrem Andenken!
Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Notationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Müssen Unfallverletzte sich einer Operation unterwerfen?

G. Sehr häufig kommt es vor, daß nach beendeter Heilverfahren bei einer späteren Nachuntersuchung dem Verletzten nochmals eine Nachoperation empfohlen wird. Als dann entsteht die Frage, ob der Verletzte sich einer Nachoperation unterwerfen muß. Diese Frage ist zu verneinen. Nach dem Handbuch für Unfallversicherung haben die Verletzten die Pflicht, an ihrem Teile zur möglichst erfolgreichen Durchführung des Heilverfahrens mitzuwirken und sich namentlich nicht offenbar ungefährlichen Maßnahmen zu widersetzen. Die Verletzten sind also z. B. gehalten, sich die erforderlichen Verbände anlegen zu lassen, die verordnete Medizin einzunehmen, sich einer gebotenen Massage zu unterwerfen, unter Umständen auch Apparate (z. B. einen Gipsstützapparat) zu tragen, deren Gebrauch die Heilung fördern soll; auch kann die Duldung gewisser Schmerzen zu Heilungszwecken dem Verletzten nicht erspart bleiben. Es ist ferner nicht zweifelhaft, daß die Verletzten während der Dauer des Heilverfahrens zur Duldung solcher Maßnahmen verpflichtet sind, die eine ordnungsmäßige Wundbehandlung überhaupt erst ermöglichen, wie z. B. Freilegung der verletzten Stelle, Reinigung der Wunde und in der Regel auch Einschnitte in Geschwüre. Dagegen sind sie nicht verpflichtet, Operationen an sich vornehmen zu lassen, die — mögen sie zum eigentlichen Heilverfahren gehören oder, wie etwa das Wiederbrechen eines geheilten Armes oder andre derartige Maßnahmen, zur Aufbesserung der Erwerbstätigkeit zu dienen bestimmt sein — in den Bestand oder die Unversehrtheit des Körpers eingreifen (wie z. B. das Ausschneiden einer Narbe und das Ueberpflanzen von gesunden Hautstücken, die von andern Körperteilen entnommen werden), oder die, wie jede die Chloroformierung erheischende Operation, nicht ohne Lebensgefahr vorgenommen werden können. Ebenjedenfalls sind die Verletzten verpflichtet, sich der Chloroformnarkose zu Untersuchungszwecken zu unterziehen. Unterzieht sich dagegen ein Verletzter freiwillig einer Operation, zu deren Duldung er nicht verpflichtet ist, so hat er das dadurch neu eröffnete Heilverfahren ebenfalls pflichtmäßig innezuhalten, wie ein durch den Unfall veranlaßtes Heilverfahren.

In Sachen eines Verletzten, der sich auf Veranlassung der Berufsgenossenschaft einer Operation unterzogen, die völlige Durchführung der ärztlichen Behandlung aber durch eigenmächtige grundlose Entfernung aus dem Krankenhaus vereitelt und dadurch das Maß der ihm demnächst verbliebenen Erwerbsfähigkeit in einem bestimmten, vom behandelnden Arzte geschätzten Grade beeinträchtigt hatte, entschied das Reichsversicherungsamt unterm 2. Juni 1890, daß dieser Verletzte, nachdem einmal durch die Vornahme der Operation das Heilverfahren wieder eröffnet worden war, verpflichtet gewesen wäre, die Durchführung desselben im Krankenhaus abzuwarten. Demgemäß wurde bei Bemessung der Rente derjenige Teil der Erwerbsunfähigkeit außer Betracht gelassen, welcher nach begründeter ärztlicher Schätzung auf das ordnungswidrige Verhalten des Verletzten zurückgeführt werden konnte.

In einem andern Falle war einem verletzten Arbeiter in der ersten Woche nach Eintritt des Unfalls von dem

behandelnden Krankenkassenarzte empfohlen worden, im Interesse einer möglichst vollständigen Heilung eine angeblich gefahrlose Operation an sich vornehmen zu lassen, was der Verletzte indessen ablehnte. Als die Berufsgenossenschaft lange nach Beendigung des Heilverfahrens hiervon Kenntnis erhielt, entzog sie dem Verletzten die bis dahin bewilligte Rente, besonders aus dem Grunde, weil anzunehmen sei, daß, wenn der Verletzte seinerzeit die Operation hätte vornehmen lassen, inzwischen eine erhebliche Erhöhung seiner Erwerbsfähigkeit eingetreten sein würde. Nachdem das Schiedsgericht die frühere Rente wiederhergestellt hatte, hat das Reichsversicherungsamt den Rekurs der Berufsgenossenschaft zurückgewiesen, und zwar mit folgender Begründung: „Die Unterwerfung unter die in Rede stehende ärztliche Maßregel ist dem Kläger nicht nach Eintritt der Fürsorgepflicht der Berufsgenossenschaft von einem zuständigen genossenschaftlichen Organ abverlangt, sondern nur beiläufig vom Arzt in einer Zeit nahe gelegt worden, als die Beklagte einen entscheidenden selbständigen Einfluß auf den Fortgang des Heilverfahrens zu nehmen an sich geübt noch nicht berechtigt war und sich denselben auch nicht durch etwaige Herbeiführung eines Einverständnisses mit der künftigen Krankenkasse gesichert hatte. Dabei kann es dahingestellt bleiben, welche Folgen daraus herzuileiten sich möchten, wenn die Beklagte im Wege des Einverständnisses mit der beteiligten Krankenkasse schon während der ersten dreizehn Wochen nach dem Unfall einen wirksamen Einfluß auf die Gestaltung des Heilverfahrens genommen und alsdann den Kläger, unter Verletzung desselben über die nachteiligen Folgen einer etwaigen Weigerung, zur Duldung der operativen Maßnahme — deren Zulässigkeit vorausgesetzt — aufgefordert hätte.“

In einem dritten Falle wurde ein Verletzter nach beendigtem Heilverfahren zur nochmaligen Operation aufgefordert. Hier kam ein Verletzter in Betracht, an dessen linken Fuß seinerzeit beide Knöchel gebrochen waren und an welchem wahrscheinlich eine weitergehende Zerquetschung des einen Knöchels stattgefunden hat, die zwar fest und mit guter Beweglichkeit geheilt, indessen der Fuß nach auswärts verschoben war. Zur Beseitigung dieser schiefen Stellung behufs Erhöhung der Erwerbstätigkeit des Klägers sollte nun die Durchmeißelung eines kleineren Knochens vorgenommen werden. Diese angeblich gefahrlose Operation hätte jedoch möglicherweise auch auf den Hauptknochen des Unterschenkels, das Schienbein, ausgedehnt werden müssen. Das Reichsversicherungsamt entschied auch hier, daß der Verletzte zur Duldung einer solchen Operation nicht verpflichtet gewesen sei und Rentenerhöhung wegen Verweigerung einer solchen Operation hätte die Berufsgenossenschaft nicht vornehmen dürfen.

Zum Schluß soll man noch eins für die Verletzten wichtige Entscheidung des Reichsversicherungsamts vom 1. Dezember 1905 betreffs der Verpflichtung des Verletzten, sich in ein medico-mechanisches Institut zu begeben, erwähnt werden. Nach § 23, Abs. 1 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes ist die Berufsgenossenschaft nur dann befugt, ein neues Heilverfahren einzuleiten, wenn begründete Annahme vorhanden ist, daß der Empfänger einer Unfallrente bei Durchführung des Heilverfahrens „eine Erhöhung seiner Erwerbstätigkeit“ erlangen werde. Dementsprechend kann auch nach Absatz 2 dieser Bestimmung im Falle der unbegründeten Weigerung gegen die getroffene Anordnung der Schadenersatz nur versagt werden, wenn nachweislich durch das weigerliche Verhalten des

Verletzten dessen Erwerbsfähigkeit „ungünstig beeinflusst“ wird. Nun geht der von der beklagten Berufsgenossenschaft befragte Arzt in seinem Gutachten davon aus, daß die Klägerin zur Zeit der Erstattung dieses Gutachtens durch die Folgen des Unfalls nur noch um 20 Prozent in ihrer Erwerbsfähigkeit sei, und spricht sodann die Erwartung aus, daß bei Durchführung des von ihm vorgeschlagenen medico-mechanischen Heilverfahrens die Erwerbsfähigkeit der Klägerin „noch etwa um 15 Prozent vermindert“ sein werde. Als Erfolg der Behandlung hält er also höchstens eine Steigerung der Erwerbsfähigkeit um „etwa“ fünf Prozent für wahrscheinlich. Die Aussicht auf eine derartige geringfügige Besserung kann aber die „begründete Annahme“ einer für die Rentenbemessung ins Gewicht fallenden Erhöhung der Erwerbsfähigkeit nicht rechtfertigen. Nur wenn eine wesentliche Steigerung der Erwerbsfähigkeit durch die Wiedereröffnung des bereits abgeschlossenen Heilverfahrens mit Wahrscheinlichkeit erwartet werden kann, hat offenbar der Gesetzgeber dem Verletzten die Pflicht auferlegen wollen, die mannigfachen Beschwerden, Störungen und Unzuträglichkeiten, die für den Verletzten sowohl als auch für seine Familienangehörigen aus der Durchführung eines neuen Heilverfahrens durchgehend erwachsen, auf sich zu nehmen, wie denn auch nur bei Befürchtung einer wesentlichen ungünstigen Beeinflussung der Erwerbsfähigkeit Nachteile aus der Weigerung des Heilverfahrens hergeleitet werden sollen.

Aus den angeführten Entscheidungen ersehen wir, daß die Verletzten jede mit Chloroformierung verbundene Operation ohne weiteres ablehnen können und daß sie sich nach beendigtem Heilverfahren erst wieder in ein medico-mechanisches Institut begeben müssen, wenn eine wesentliche Besserung durch eine neue Behandlung zu erwarten ist.

Die Gewerkschafts-Organisationen im Deutschen Reiche im Jahre 1907.

I. Die Mitgliederbewegung in den Gewerkschaften.

Das Jahr 1907 war kein günstiges Wirtschaftsjahr für die deutschen Gewerkschaften. Zeigte schon die erste Jahreshälfte eine gewisse Stagnation, die den Umschwung der Wirtschaftslage voraussehen ließ, so offenbarte die zweite Jahreshälfte alle untrüglichen Zeichen des Niederganges. Die Arbeitslosigkeit in den Gewerkschaften wuchs zusehends; sie spiegelte sich wider in den Verhältnisnummern der Statistik der Arbeiterverbände, die das Reichs-Arbeitsblatt vierteljährlich veröffentlicht. Sie wird bestärkt durch die Zahlen der Statistik der deutschen Arbeitsnachweise, die die „Zeitschrift“ „Der Arbeitsmarkt“ veröffentlicht. Auch die Bewegungsziffern der deutschen Krankenkassen, soweit sie der Berichterstattung des Statistischen Amtes angeschlossen sind, lassen einen starken Rückgang erkennen, der im September 1907 eintrat. Angesichts dieser Veränderung der Wirtschaftslage war vorauszu sehen, daß der stürmische Aufschwung, den die Gewerkschaften während der Hochkonjunktur nahmen, einer ruhigeren Entwicklung weichen mußte. In einzelnen Industriezweigen waren selbst erhebliche Rückschläge nicht zu vermeiden, besonders im Baugewerbe und in den damit zusammenhängenden Holzgewerben, in denen die Krise schon im Januar 1907 mit aller Schärfe einsetzte. Im allgemeinen haben jedoch die Gewerkschaften den Uebergang von der Hochkonjunktur zur Krise ohne nennenswerte Verluste überwunden, ihre Gesamtentwicklung zeigt, im Gegensatz zu 1891 und 1901, wo die Krise einen Rückgang der Mitgliederzahlen der

Antike Städte.

Im Hamburgischen Gewerbeverein hielt vor kurzer Zeit Herr Wehmann einen Vortrag über antike Städte, dem wir folgendes entnehmen: Der Vortragende wies zunächst darauf hin, daß es sehr große Städte in den ältesten Zeiten gegeben habe, wie z. B. Babylon. Gewiß sei Babylon eine Stadt gewesen von unendlicher Ausdehnung. Wenn man aber höre, daß im Innern der Stadt Felder und Weiden vorhanden waren, um die Bewohner im Falle einer Belagerung zu ernähren, so müsse man zu dem Schluß gelangen, daß es sich hier nicht um eine Großstadt im modernen Sinne handelt. Auch von Ramses in Ägypten dürfte das gleiche gelten. Erst mit Gründung des römischen Kaiserreiches, so wurde ausgeführt, bildeten sich großstädtisches Leben und Großstädte heraus und darunter natürlich in erster Linie das alte Rom. Denken wir uns eine Reise in jenen Zeiten nach Rom, und zwar von Süden kommend. Sie wurde natürlich im Wagen zurückgelegt und bei Nacht, wegen der drohenden Ansteckung durch die Malaria. Näherste man sich durch die Pontischen Sümpfe dem Reizegel, so erblickte man rechts und links Grabenmäler von geradezu kolossalen Dimensionen. Im ersten Frührot wurde die Via Apia durchfahren, die geradezu ideale Pflasterung besaß, von der heute noch Reste vorhanden sind. Ließ man den Blick über die Stadt schweifen, daselbe Bild wie unsere heutigen Großstädte, ein Meer von Rauch und Dunst. Die Stadt liegt bekanntlich auf sieben Hügeln. Von diesen war indessen nichts wahrzunehmen, weil die Häuser sie teilweise überragten. An der Porta Capuena machte der Aufseher Halt und lud seine Passagiere aus, denn es war die Einfahrt in die Stadt nur einer Sorte von Wagen gestattet, das waren die Abfuhrwagen. Selbst die Kaiser, die ihren Einzug in Rom halten wollten, stiegen vor der Stadt aus. Die Sache hat einen sehr einfachen Grund; konnten sich die Hauptstraßen dreist mit den Boulevards oder Straßen unter den Linden messen, so waren dagegen die übrigen Straßen nicht über fünf Meter breit und so verkehrsreich, daß sich alles stieß und drängte. Dazu die durch die Beschränktheit der Wohnungen erzeugte Sitte, Handel und Handwerk auf der Straße zu betreiben. Wohl waren die Straßen vortrefflich gepflastert, trotzdem sah es mit der Reinlichkeit traurig aus. Die Passage war indessen bei Nacht stellenweise gefährlich, weil die Dedel der zu den Kloaken führenden Schächte oft recht leichtfertig aufgelegt waren. Bekanntlich soll sich Kaiser Nero bei seinen nächtlichen Streifzügen häufig das Vergnügen gemacht haben, ein halbes Duzend Sklaven durch die Abzugsrohre in die Unterwelt zu expedieren. Auch ein asiatischer Prinz beschwand auf diese Art. Unter Kaiser Augustus kam das Hochbauen der Häuser in Mode. Ein Gesetz bestimmte zwar, daß eine Höhe von 100 Fuß nicht überstiegen werden sollte, indessen scheint es nicht immer

so genau genommen worden zu sein, da Schriftsteller wie Martial und Tertulian, letzterer in satirischer Weise, Andeutungen von römischen Wollknäuelern machen. Der Erstgenannte spricht von einem Bewohner, der 200 Stufen emporsteigen mußte, um in sein Dachkammerlein zu gelangen. Da die Zimmer durchweg sehr niedrig, muß man den Eindruck gewinnen, daß die Häuser durchweg 10 bis 12 Stagen hatten. Es wird die Frage nach dem Regen, warum dieses Zusammenquetschen der menschlichen Wohnungen. Diese Antwort liegt nahe. Einmal strebte alles danach, innerhalb der Festungsmauern zu wohnen, sodann gab es in Rom, wie erwähnt, keinen Wagenverkehr, noch weniger elektrische Bahnen und dergleichen. Wie, abgesehen von den Palästen, gebaut wurde? Das Parterre aus Stein, die übrigen Stagen aus Flechtwerk, das mit Mörtel abgeputzt wurde. Für Reparaturen inklinierten die Hauswirte auch damals nicht. Kam Mieter mit der Kunde: das Mauerwerk hat über Nacht einen Riß bekommen, ließ er diesen notdürftig verkleistern. Oft schon in der folgenden Nacht stürzte der Bau ein und begab Duzende von Bewohnern. Ferner boten diese Bauwerke dem Feuer reiche Nahrung und fruchtbarer Ausdehnung. Es gab eine Feuerwehr, da sie aber kein Wasser hatte, so mußte sie sich meistens auf Pionierarbeit beschränken. Es ist eine auch heute noch feststehende Regel, daß je mehr Menschen in einem Haus zusammenwohnen, die Miete höher ist. In London, wo acht Menschen auf ein Haus kommen, erfordert die Miete ein Zehntel des Jahresertrages. Berlin 32 Bewohner pro Haus, Miete ein Viertel der Jahreseinnahme. Petersburg bei 52 Bewohnern ein Viertel und Wien bei 55 Bewohnern ein Drittel der Jahreseinnahme. Deshalb waren, wie uns Juvenal und Martial an verschiedenen Stellen berichten, auch in Rom fürchtbar hohe Mieten an der Tagelohnordnung, und der Baugrund war enorm teuer. So mußte Cäsar zum Bau des Forum romanum für 17½ Millionen Mark Häuser expropriieren. Auf die Mietpreise wirkte noch, daß es fast nur Großgrundbesitzer gab, die neben dem verkauften Grund dem Käufer durch ihre Sklaven auch gleich den Bau ausführen ließen.

Ein solcher Hausagrariar im großen Stile scheint Crassus gewesen zu sein, dem halb Rom gehörte. Eßt großstädtisch war die Sielteilung. Ein Hauptrohr von vier Metern Durchmesser durchschnitt die Stadt. Leider war dadurch der Überverpeft, indem der Ausfluß dicht bei der Stadt lag. Die Seitenrohre wurden auf Rieselfelder geleitet. Die Spülung der Gasse geschah durch Einleiten reichender Wasserläufe. Ein Fehler in sanitärer Beziehung waren auch die Anlagen der Friedhöfe, und auch die Hunderttausende von Leichen, die in Katafomben beigelegt waren, mögen nicht günstig gewirkt haben. Eßt großstädtisch waren die 17 Wasserleitungen, die Rom besaß. Der Wasserverbrauch betrug 540 Liter pro Kopf und Tag. Ebenso verschwenderisch ging man mit dem Wasser um zur Speisung der 1300 öffentlichen Springbrunnen. Die Erwerbs-

verhältnisse waren im alten Rom die denkbar schlechtesten, da die Reichen Handwerk und Industrie erwerblich durch ihre Sklaven betrieben. Als Länger, Mustikanten, Aerzte, Astrologen, Zauberer und Gistmischer fristete ein Teil sein Leben. Das Gros bestand aus Glenden, zu dessen Unterhalt im Jahre 57 n. Chr. der Staat 17½ Millionen Mark jährlich aufwenden mußte. Daß natürlich unter solchen Umständen das Gaunertum und Verbrechertum blühte, beweist der Umstand, daß Rom 7000 Polizisten unterhielt. Das Proletariat war eine schlimme Erbschaft, die Rom der Kirche überließ, die eine Niefenarbeit hatte, nach sozialen Grundfäden dem unfähigen Glend zu steuern, für das der stolze Römer nicht das geringste Gefühl hatte.

Teufel Alkohol flieg.

Abend. Die Steinmehnen hatten Feierabend, und Peter Ulrich, der die Bierbude verwaltete, hatte eben seine Ausstände bei den Kollegen eingesammelt. Uergerlich schloß er seinen Lederbeutel, warf noch einmal einen Blick in sein Notizbuch und entdeckte wieder, wie allsonnabendlich, daß die Mehrzahl der angeführten Striche auf seinem Konto standen. Verdammte, murmelte er, indem er den Lederbeutel in die Tasche schob und besagtes Notizbuch, diesen stummen Zeugen seiner Leistungen, einsteckte, das ist aber das letzte Mal, jetzt ist's aber Schluß, verfluchte Sauferei, kein Tropfen wird mehr getrunken, jetzt werde ich Guttempler. Ja, ja, diese, monologisierte er weiter, im Gedanken an seine Frau, sollst noch mal Freude an deinem Alten erleben, hing sich die leere Kaffeeflasche über die Schulter, stülpte den schädigen Filz auf den schon im Dienste ergauten Schädel, und stapfte nach Hause.

Hallo! Peter, so eilig? rief eine Stimme aus dem offenen Gastzimmerfenster des Stammlokals der Steinmehnen. Komm rein, wir trinken noch eins. Gab keine Zeit, rief Peter im Fortgehen, meine Alte wartet auf den Draht. Nun, nun, die wird's wohl noch abwarten können, einen Halben kannt wohl mit mir trinken, rief der Kollege weiter, dann gehen wir miteinander heim, haben ja denselben Weg. — Unschlüssig blieb Peter stehen, zwei innere Stimmen in ihm stritten um die Oberherrlichkeit. — Na, komm nur, alter Freund, und besinne dich nicht lange, protestierte jener weiter; fünf Minuten später sah auch Peter schon im Gastzimmer, vor ihm auf dem Tisch stand der verlockende kühle Trunk.

Aus dem einen waren zehn Halbe geworden (denn Peter ging es wie dem Löwen, der, wenn er erst Blut geleckt, unerfährlich ist) und Mitternacht war längst vorüber, als Peter Ulrich schwanfenden Schrittes am Arm seines ebenso torfelnden Kollegen seinen heimatlichen Penaten zusteuerte.

Ueber ihnen schwenkte Teufel Alkohol triumphierend die Siegesfahne und freute sich seiner Errungenchaft.

gesamten Zentralverbände herbeiführte, noch immer einen anscheinlichen Fortschritt. Das ist in erster Linie der inneren Festigung der Organisationen, der Ausgestaltung und Wirksamkeit ihrer Unterstützungsanstalten und der lebhaften Kampftätigkeit zu danken, die ihre bindende Kraft bewährten. Freilich genügte dieser Fortschritt nicht, um die zweite Million Mitglieder zu erreichen, — noch immer fehlen mehr als Hunderttausend daran. Immerhin sind unsere Zentralverbände die einzige Gewerkschaftsgruppe, die in so wenig günstiger Zeit einen ansehnlichen Zuwachs aufzuweisen hat. Während die gewerkschaftlichen Zentralverbände ihre Mitgliederzahl im Jahresdurchschnitt 1907 um 175 797 erhöhen konnten, nahmen die christlichen Gewerkschaften nur um 27 207 Mitglieder zu. Dagegen gingen die Deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Dunder) um 9619 Mitglieder zurück. Der Gesamtfortschritt im Berichtsjahre wird also repräsentiert durch die gewerkschaftlichen Zentralverbände, — das war seither so und wird auch in Zukunft so bleiben.

Im Jahresdurchschnitt 1907 hatten unsere gewerkschaftlichen Zentralverbände 1 865 506 Mitglieder, am Ende des Jahres 1907 dagegen 1 873 146. In den lokalen Gewerksvereinen waren 20 461 Mitglieder vorhanden (davon entfallen auf die Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften nach deren eigener Angabe 17 633 Mitglieder), in den Deutschen Gewerksvereinen (Hirsch-Dunder) 108 889, in den christlichen Gewerkschaften 274 323, in den sogenannten unabhängigen christlichen Verbänden 80 437 und in den übrigen unabhängigen Organisationen 96 684 Mitglieder, so daß die gesamten gewerkschaftlichen Organismen im Deutschen Reich im Jahre 1907: 2 446 300 Mitglieder zählten, nahezu 2 1/2 Millionen.

Aus kleinen Anfängen heraus hat sich die Gewerkschaftsbewegung zu solcher Größe entwickelt. 1891 zählten unsere Vereine erst 277 659 Mitglieder; 1893 gingen sie auf 223 530 zurück, dann stiegen sie bis 1900 auf 680 427. Das Jahr 1901 brachte einen kleinen Rückgang auf 677 510. Von da ab ging es ununterbrochen vorwärts: 1903: 887 698, 1905: 1 344 803 und 1907: 1 865 506. Es gibt nur eins, das dieser raschen Entwicklung gleicht, das ist der sozialdemokratische Stimmenzuwachs seit 1890. Die Gewerkschaftsentwicklung hat freilich erst viel später eingesetzt; sie mußte sich mit kleineren Anfängen begnügen und hat auch heute in ihrer Mitgliederzahl die Höhe der sozialdemokratischen Stimmenzahl noch nicht erreicht. Dafür repräsentiert sie eine festgefügte und dauernde Macht, die weit nachhaltiger die Aktion der Arbeiterklasse zu unterstützen vermag. Dagegen ist die Entwicklung der Gewerkschaften sowohl derjenigen der politischen Organisation der Sozialdemokratie als auch derjenigen der modernen Genossenschaften weit vorausgeeilt. Es zählten in den Jahren an Mitgliedern:

| | 1906 | 1907 | Zunahme |
|---------------------------------------|-----------|-----------|---------|
| Sozialdemokratische Vereine | 384 327 | 530 466 | 146 139 |
| Gewerkschaften | 1 689 709 | 1 865 506 | 175 797 |
| Konsumgenossenschaften | 781 369 | 885 074 | 103 705 |

Die Gewerkschaften haben nicht nur mehr als doppelt so viele Mitglieder als die Konsumvereine und 3 1/2 mal soviel als die sozialdemokratischen Vereine, — sie haben auch die größte absolute Zunahme. Die Ursachen, die dieser langsameren Entwicklung der Parteioorganisationen und der Genossenschaften zugrunde liegen, können im Rahmen dieser Statistik nicht erörtert werden. Wohl aber zeigen diese Zahlen, daß ein großer Teil der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterklasse die Bedeutung der politischen wie auch der genossenschaftlichen Organisation noch recht wenig begriffen hat. Würden alle Gewerkschaftsmitglieder ebenso wie in ihrer Berufsorganisation, so auch in der Partei und in der Genossenschaft ihre Pflicht erfüllen, so würden nicht nur alle die kleinsten Differenzen und Reibungen, die zwischen diesen verschiedenen Armeen der Arbeiterbewegung sich von Zeit zu Zeit bemerkbar machen, völlig verschwinden, sondern die Stohkraft der Arbeiterbewegung würde dadurch sicherlich vervielfacht werden. Das Beispiel der Einheit und Einheit im eigenen Lager würde, verstärkt durch größere Erfolge, auch seine Mitwirkung auf die außenstehenden Arbeitermassen nicht verfehlen und den Zersplitterungsbestrebungen der bürgerlichen Parteien und der gelben Nährväter bald den Boden entziehen.

Die Mitgliederzunahme der Gewerkschaften vom Jahresabschlusse 1906 bis Ende 1907 blieb hinter der Zunahme im Jahresdurchschnitt zurück; sie betrug nur 73 853. Es erklärt sich dies daraus, daß die zweite Jahreshälfte 1907 einen kleinen Rückgang zeigte. Die Zentralverbände zählten Ende 1906 1 799 293 Mitglieder. Das erste Quartal 1907 schloß mit 1 823 881 ab (+ 24 588), das zweite Quartal mit 1 882 665 (+ 58 784), das dritte Quartal mit 1 882 363 (— 302) und das vierte Quartal mit 1 873 146 (— 9217). Der Zuwachs der Gewerkschaften fällt also in die Zeit von Mitte 1906 bis Mitte 1907, danach trat ein Rückgang ein. Es ist charakteristisch, wie sehr diese Entwicklung mit der Statistik der Arbeitslosigkeit und der Arbeitsnachweise übereinstimmt. Und doch sollte gerade die Wirtschaftskrise die Mitglieder fester denn je an ihre Organisationen fesseln, die ihnen nicht nur Unterstützung bei Arbeitslosigkeit, Krankheit usw. gewähren, sondern auch den Stand der Arbeitsbedingungen gegen Verschlechterung sichern.

Der Rückgang trifft allerdings nur einen Teil der Gewerkschaften und wurde bei diesen durch besondere Umstände verursacht. Von den 61 Verbänden, die die diesjährige Statistik umfaßt, haben 40 eine Zunahme von zusammen 100 065 Mitgliedern (von Ende 1906 zu Ende 1907) zu verzeichnen, während 21 eine Abnahme von 26 212 angeben. Von diesem Gesamtrückgang von 26 212 entfallen auf die 4 Verbände der Bauhilfsarbeiter, Holzarbeiter, Maurer und Tabakarbeiter allein 21 157. Die Bauarbeiter verloren schon im 1. Quartal 20 670 Mitglieder infolge großer Arbeitslosigkeit im Baugewerbe, die Zehntausende ungelerneter Arbeiter in andere Berufe drängte. Bei den Holzarbeitern setzte der Verlust im 2. Quartal 1907 ein als eine Nachwirkung der Krisis im Baugewerbe und der großen Kämpfe, die dem Verbands enorme Kraftleistungen auferlegten. Im Maurerverband zeigt sich der Rückgang erst im 3. Quartal, nach dem großen erfolgreichen Kampfe in Berlin, während die Tabakarbeiter seit Jahresbeginn stagnieren und von Quartal zu Quartal weitere Mitglieder verloren. Auf dieser Industrie lastet jeder wirtschaftliche Niedergang, nicht nur zu nächst, sondern auch am allerschwersten, da das Lohnniveau selbst in Zeiten guter Beschäftigung ein sehr niedriges ist. Zeigt sich aus diesen Ursachen, wo die betreffenden Gewerkschaften einzugreifen haben, um für kommende Jahre solchen Verlusten vorzubeugen, so muß die gesamte Gewerkschaftsbewegung daraus die Lehre ziehen, daß die Erziehung der Mitglieder zur Organisationsstreue und zu höheren Opfern für ihre Organisation Hand in Hand gehen muß mit einer vorsichtigen Kampftaktik, die alle Voraussetzungen des Erfolges oder Mißerfolges auf das sorgfältigste prüft und sich auch nicht durch Stimmungen einzelner Mitgliederkreise zu unantastlichen Maßnahmen drängen läßt.

Nach der Höhe der Mitgliederzahl im Jahresdurchschnitt 1907 zählten 6 Verbände über 100 000 Mitglieder, 4 zählten 50—100 000, 5 30—50 000, 3 20—30 000, 10 10 bis 20 000, 10 5—10 000, 10 3—5000, 3 2—3000, 3 1—2000 und 7 weniger als 1000 Mitglieder. Wir finden neben großen Verbänden mit mehr als 100 000, ja bis 355 386 Mitgliedern auch kleine Organisationen, die nur wenige Hundert Mitglieder zählen. Einzelne derselben vereinigen trotzdem den größten Teil der vorhandenen Berufsgenossen. Indes befestigt sich mehr und mehr die Erkenntnis, daß solche kleinen Organisationen in entscheidenden Kämpfen der konzentrierten Macht der Unternehmer Berufsorganisationen vorzuziehen ist. Auch im Berichtsjahr hat die Verschmelzung von Gewerkschaften Fortschritte zu verzeichnen. Außer den Hebertritten der Buchdrucker (Eisack-Lothringen), Graubeure, Konditoren, Vergolder und Wäscharbeiter sind Zusam-

menschlusbestrebungen in den graphischen Gewerben, im Gastwirtsgerber, in der Lederindustrie, in den Nahrungsmittelgerber, in der keramischen Industrie und in dem Transportgerber hervorgetreten, von denen einige vorläufig zum Abschluß von Kartellverträgen geführt haben.

Die Zahl der weiblichen Mitglieder der Gewerkschaften betrug im Jahresdurchschnitt 1906 in 37 Verbänden 118 908; sie stieg 1907 in 35 Verbänden auf 136 929 oder um 18 021. Die Zunahme beträgt 15,1 Proz. gegenüber 10 Proz. Zunahme der männlichen Mitglieder. Die Organisation der Arbeiterinnen hat sich noch langsamer entwickelt, als die der männlichen Arbeiter. 1892 betrug der Anteil der weiblichen Mitglieder in den Gewerkschaften erst 1,8 Proz., 1896: 4,6 Proz., 1898: 2,7 Proz., 1900: 3,3 Proz., 1902: 3,8 Proz., 1904: 4,6 Proz., 1906: 7,1 Proz. und 1907: 7,3 Proz. Damit ist diese erfreuliche Entwicklung natürlich nicht abgeschlossen, denn das Interesse der Arbeiterinnen für die Gewerkschaften beginnt sich erst jetzt in stärkerem Maße zu regen und die Agitation wird durch die Gewerkschaften selbst, wie auch durch das Arbeiterinnen-Sekretariat der Generalkommission nachhaltig unterstützt. Welche Massen von Arbeiterinnen noch zu gewinnen sind, lehrt uns ein Blick auf die deutsche Fabrikstatistik, die im Jahre 1906 allein in revisionspflichtigen Betrieben 1 095 899 Arbeiterinnen über 16 Jahre zählte. In diesen Betrieben beträgt der Anteil der Arbeiterinnen 18,6 Proz., also 2 1/2 mal soviel als heute der Anteil der organisierten Arbeiterinnen. Stellen wir für die wichtigsten Industriezweige die Zahl der in Fabriken beschäftigten und der organisierten Arbeiterinnen einander gegenüber, so ergibt sich daraus sofort, welche gewaltige Aufgaben dieser Organisation noch harren.

| Beschäftigte Arbeiterinnen | Weibliche Organisierte | |
|--|------------------------|--------|
| | 1906 | 1907 |
| Textilindustrie | 397 321 | 44 277 |
| Metall- und Maschinenindustrie | 98 743 | 14 698 |
| Holzindustrie | 26 645 | 3 457 |
| Nahrungs- und Genussmittel-Industrie | 147 741 | 16 925 |
| Graphisches Gewerbe | 86 204 | 8 333 |
| Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe (einschl. Konfektion) | 211 407 | 13 640 |

Die Gewerkschaften dürfen daher nicht nachlassen in der Bearbeitung dieses Feldes, denn die Tatsache, daß die Organisation in zahllosen Industrien für einen geringen Bruchteil der Arbeiterschaft repräsentiert und demgemäß auf die Arbeitsbedingungen nur geringen Einfluß ausüben vermag, ist in erster Linie der Rückständigkeit der Arbeiterinnenorganisation geschuldet.

Der Amerikaner als Unternehmer.

Im Korrespondenzblatt finden wir darüber folgende Schilderung:

Seit einigen Jahren hat man sich in Europa angewöhnt, von der „amerikanischen Gefahr“ zu reden. Die Unternehmer der alten Welt sehen sich beim Absatz ihrer Erzeugnisse immer häufiger unerwartet auftauchenden amerikanischen Mitbewerbern gegenüber, die ungefüllt vorwärts drängen und vielfach mit Erfolg bemüht sind, nicht nur auf gleichberechtigtem Boden in fremden Ländern, sondern auch im eignen Heimatlande der europäischen Werke diesen ihre Absatzgebiete zu entreißen. Und was mancher europäische Faktant im einzelnen sieht und erfährt, das kommt im ganzen eifentlich zum Ausdruck in dem stürmischen Anwachsen der Ausfuhrquoten der amerikanischen Erzeugnisse in den letzten Jahrzehnten.

Es entsteht nun die Frage: Haben die Pessimisten recht, welche die nahezu unüberwindliche Wettbewerbskraft der Amerikaner für unüberwindlich halten?

Um den amerikanischen Kapitalismus zu studieren, ist die Eigenschaften kennen zu lernen, durch welche er sich sieghaft behauptet, sind deutsche Fachleute nach Amerika gefahren. Das Resultat war dann immer, daß sie ihrem Vaterlande ein Buch geschickt haben. So ist Combars Studie über den amerikanischen Sozialismus entstanden, Gollberger schrieb sein Buch über das Land der amerikanischen Kraftwerke, Cassel schiederte das amerikanische Geschäftsleben und aus der Feder von Jul. West entstand die Studie: Die Europa! Die Amerika!

Die Arbeit von West erscheint jetzt in zweiter Auflage und wird zweifellos in der Industrie noch weitere Beachtung finden, besteht doch der Vorzug dieser kleinen Schrift darin, in knapper, meist originaler Form einige treffende Urteile über den amerikanischen Kapitalismus zum Ausdruck zu bringen.

Wenn man Amerika in seiner Gegensatz zu Europa kurz bezeichnen will, so kann man es nach West mit Recht das Land der „krassen Möglichkeit“ nennen. Darin stimmen fast alle „Amerikafahrer“ überein, daß bei allen Handlungen, die der Amerikaner vornimmt, sei er nun Arbeiter oder Unternehmer, die Kennzähne von ihm gestellt sind: Was bringt es ein? Nur wenn diese Frage nach Dollar und Cent ausgerechnet, eine befriedigende Antwort ergibt, wird eine Sache gemacht. Dieser kalte, klare Gesichtspunkt gibt in den dortigen Verhältnissen sein charakteristisches Gepräge.

Diese Tatsache liegt in der Zusammensetzung begründet, die das amerikanische Volk erhalten hat. Amerika ist von Europa bevölkert worden, Unternehmungsgelust, Anzuchtlichkeit mit den einheimischen Verhältnissen, der Drang nach wirtschaftlichen Erfolgen trieb die Menschen nach dem Lande der Freiheit, hier ihr Glück zu suchen. Arbeitsam, zäh und strebsam haben sie den Leseinstamp unter den neuen Verhältnissen angenommen, mit den Kenntnissen und Fähigkeiten ausgerüstet, die ihnen das Mutterland gab, suchten sie sich rücksichtslos durchzusetzen. So mußte sich in den Beziehungen zwischen Mensch zu Mensch das rein gelbliche Verhältnis herausbilden, wie wir es drüben in allen Erscheinungen des gesellschaftlichen Lebens ausgedrückt sehen.

Trotzdem der Amerikaner als Erwerbsmensch tüchtiger ist wie der Europäer, wird doch für Amerika eine Grenze des Aufschwungs vielleicht in den hohen Arbeitslöhnen liegen, die drüben gezahlt werden müssen. Der reiche Boden und das günstige Klima führen dem Landmann für die gleiche Arbeit ganz andere Erträge zu wie in Europa. Hieraus erklärt sich drüben trotz des rapiden Aufschwungs der Industrie ein konstanter Arbeitermangel, die Arbeitslöhne betragen durchschnittlich das Dreifache wie in Europa und wird diese Tatsache solange bestehen bleiben, wie noch jene weite Strecken unbebauten Bodens nur darauf warten, bebaut zu werden. Da dieser Zustand noch Jahrzehnte dauern wird, ist kaum anzunehmen, daß die amerikanischen Arbeitslöhne in absehbarer Zeit nennenswert abnehmen werden. Mit Recht folgert West daraus die Konkurrenzfähigkeit Europas mit Amerika für bestimmte Industriegebiete. So wird sicher unser Maschinenbau es bald mit dem amerikanischen aufnehmen können. Die Ueberlegenheit des Amerikaners auf diesem Gebiet besteht nicht darin, daß seine Fabrikate qualitativ besser sind. Der deutsche Industrielle hat in Maschinentechnik und Arbeitsmethoden vom Amerikaner zu lernen, wenn er mit ihm konkurrenzfähig bleiben will.

Eine charakteristische Eigenart des Amerikaners ist weiterhin die Fähigkeit, schnell und leicht einer jeden Neuerung sich zuzuwenden. Das macht ihn beweglich, unternehmungslustig, schnell im Handeln. Er wirft eine alte Werkzeugmaschine sofort ins alte Eisen, wenn er weiß, daß die neue Konstruktion besser und leistungsfähiger ist. Der deutsche Fabrikant, der nur neue Erfindungen auf den Markt bringen will, legt sein Kapital nicht gleich fest, er fängt unter bestehenden Verhältnissen in der

Fabrikation zu probieren an und geht erst später zur Massenfabrikation über; umgekehrt der Amerikaner. West bezeichnet es als durchaus typischen Fall, daß ein Fabrikunternehmen in folgender Weise entsteht: „Ein Mann erfindet eine Neuerung und sucht ein Patent darauf nach; dann arbeitet er mit großer und anzuerkennender Beharrlichkeit, manchmal jahrelang, an der Ausgestaltung und Vervollkommnung der Erfindung und wenn er ein wirklich fertiges Produkt hat, das für den Markt in jeder Hinsicht reif ist, dem also nach gründlichster Prüfung keine ins Gewicht fallenden Mängel mehr anhaften und das andererseits in allen seinen Teilen für eine Massenfabrikation eingerichtet ist, dann geht er daran, ein Werk für die Herstellung dieses Erzeugnisses zu bauen und zwar eine Spezialfabrik, die in ihrer Anlage, in ihrer ganzen Gliederung, in allen seinen Maschinen- und Werkzeugeinrichtungen einzig und allein auf die Herstellung dieses einen Fabrikats zugeschnitten ist und das mit einer Vollkommenheit in das durch maschinelle Hilfseinrichtungen verförperte Grundziel Labour saving (Arbeits-Ersparnis) die Anerkennung verdient.“

Neuerdings versuchen ja auch unsere Unternehmer im Maschinenbau gerade diese amerikanische Methode, die weitgehende Anwendung von Sonderwerkzeugen für jeweilige Zwecke, nachzuahmen. Ueberhaupt sind die Amerikaner darin muster-gültig gewesen, die möglichste Sorgfalt auf die Vorarbeiten, auf die Herstellung der Einzelteile zu verwenden, um dann in leichter Montagearbeit ergatt die Teile zusammenzustellen im Gegensatz zu dem veralteten Brauch, erst bei der Fertigstellung die benötigten Nacharbeiten vorzunehmen. In der Verbesserung der Arbeitsmaschinen und Sonderwerkzeuge läßt es sich auch der Amerikaner etwas kosten. Es wird drüben eine besondere Politik angewendet, die Mitarbeit der Arbeiter und Angestellten an solchen Verbesserungen auszunutzen.

Wenn ein Arbeiter z. B. bei einem Auftragsauftrag auch das Zweifache seines Stundenlohns oder mehr verdient, so wird ihm der Afford deshalb nicht sofort herabgesetzt. Man hat dafür seine guten Gründe. Die Wiederholung derselben Arbeit gibt dem Arbeiter immer wieder Anregung und Gelegenheit, darüber nachzudenken, wie er sich die Arbeit vereinfachen und erleichtern kann. Oft wird der Arbeiter für solche Verbesserungen unmittelbar entschädigt und zwar in folgender Weise: Die Lohnsätze sind fest, solange die Arbeitsweise nicht geändert wird; erfindet ein Arbeiter eine Verbesserung oder Vereinfachung, so wird alsbald der Lohnsatz bedeutend herabgesetzt, aber der Erfinder bekommt eine einmalige oder laufende Vergütung in bar, die im Verhältnis zu dem wachsenden Gewinn des Werkes steht. In manchen Stellen zahlt man dem Arbeiter einige Jahre lang — bei patentfähigen Neuerungen solange das Patent dauert, ein Drittel bis die Hälfte der erzielten Ersparnisse. Diese Gewinnbeteiligung ist natürlich eine kluge raffinierte Berechnung, zum Schluß hat nur der Unternehmer den größten Vorteil davon.

So bildet die Arbeit von West eine Fülle von Anregungen, über den Unterschied der industriellen Verhältnisse zwischen Europa und Amerika nachzudenken, eine ganze Serie dieser Industrie-Studien soll erscheinen, die auch von unsern Unternehmern sehr eifrig gelesen werden, wie die Rundgebungen aus der Arbeitgeberpresse deutlich erkennen lassen. Für uns haben die Westschen Schriften auch dort informativsten Wert, wo er in seinen Ansichten das Ausbeutungsgefäß der Unternehmer in allen seinen Erscheinungsformen verteidigt.

Das Spezialgebiet der Fabrikorganisation wird gerade in den letzten Jahren von den führenden Leuten unserer Industrie besonders lebhaft gepflegt, auch wir werden diese Literatur verfolgen und darüber laufend berichten.

Was die Unternehmer über die Gewerkschaften denken.

„Städtisch tagte im Gladbach der Bezirksstag des Hochdeutschen Innungsverbandes für das Baugewerbe. Es wurde dort ein Rundschreiben des Vorsitzenden des Baugewerksmeisterverbandes verlesen, in dem es heißt:

Die moderne Entwicklung der Arbeiterorganisationen als gewerkschaftlich verbundene Heerscharen einer auf die ökonomische und soziale Umwälzung unserer Gesellschaftsverfassung gerichteten Partei begründete die Notwendigkeit,

alle Kräfte im deutschen Baugewerbe für den einen Zweck, als Bollwerk gegen die überraschend schnell wachsende Macht der Gewerkschaften zu sammeln.

Die noch außerhalb der Organisation stehenden, also die Hälfte der deutschen Bauarbeiter, scheinen trotz aller Bemühungen des Bundes die Notwendigkeit des Zusammenschlusses leider immer noch nicht erkannt zu haben.

Das ist in jeder Hinsicht ein sehr betrübendes Zeichen und fordert immer wieder eindringlich zur Mahnung,

daß die deutschen Bauarbeiter sehr viel mehr als bisher sich ihrer Standespflicht bewußt werden und an die Stelle des jeden Fortschritt hemmenden Gleichmuts frischen Körpers geist und den Wunsch zum gemeinsamen Wollen setzen.

Das Gefühl der Zusammengehörigkeit muß in uns wachsen, und der Gedanke, daß nur Einheit zum Ziel führt, muß in uns herrschen und uns Leitern werden bei allen unsern Bestrebungen.

Die Arbeitgeber des deutschen Baugewerbes wissen und fühlen es täglich wohl am meisten von allen Arbeitgebern unserer heimischen Industrie und der vaterländischen Gewerbe, was die Kraft der Gewerkschaften zu bedeuten hat.

Der über ganz Deutschland organisierten Arbeiterschaft muß eine über ganz Deutschland organisierte Arbeitgeberchaft gegenüber treten. Darum richten wir an alle Arbeitgeber im deutschen Baugewerbe die bringende Bitte, die Bestrebungen des Deutschen Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe tatkräftig zu unterstützen und insbesondere den Lokalverbänden als Mitglieder beizutreten.

In der Baugewerkszeitung lesen wir sonst bloß von der Bedeutungslosigkeit der Gewerkschaften. Das Flugblatt ist aber auf einen ganz andern Ton gestimmt. In demselben wird unumwunden zugestanden, wie eminent die Organisationen gewachsen sind. Felsich und Genossen geben also selbst zu, daß sie mit ihrer Organisation ins Hintertreffen gekommen sind. Daß die Arbeiter jederzeit schlagsfertig sind, hat der Verbandstag der Maurer in Hannover glänzend bewiesen.

Literarisches.

Chemisch-technisches Lexikon. Eine Sammlung von mehr als 17 000 Vorschriften für alle Gewerbe und technischen Künste. Herausgegeben von den Mitarbeitern der Chemisch-technischen Bibliothek. Redigiert von Dr. Joseph Versch. Mit 88 Abbildungen. Zweite, neu bearbeitete und verbesserte Auflage. Das Werk ist vollständig in 20 Lieferungen zu 50 Bfg. Lieferungen 16 bis 20 (Schluß) erschienen. Auch komplett gebunden in Halbfranzband zu haben. Preis 12.50 Mark. (V. Carl Lebens Verlag in Wien und Leipzig.)

Sieben erschien im Verlage der Buchhandlung Vormärts, Berlin SW. 68, Heft 17 der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek: **San und Lebensfähigkeit des menschlichen Körpers** von Dr. Christaller. Mit zahlreichen Illustrationen.

Protokoll des 9. ordentlichen Verbandstages der Fabrikarbeiter, abgehalten zu München vom 2. bis 8. August. Das Protokoll dürfte deshalb für die Mitglieder an Wert gewinnen, weil es schon 14 Tage nach der Generalversammlung versandt wurde. Das Protokoll über unsere Tagung in Kassel erschien viel zu spät, um noch als aktuell gelten zu können.